



Personalratswahl 2016

Interviews mit den Spitzenkandidaten auf S. 10/11

Aus unserer Sicht

Gewalt darf nicht Schule machen 3

Thema**Sanierungsstau beheben!**

Modernes Unterrichten

braucht modernes

Raumkonzept 4

**Der andere Blick**

Alles neu 7

Schulpraxis

Hauptaufgabe: Integration 8-9

Personalratswahl 2016

Interviews mit den Spitzenkandidaten 10-11

Nachrichten**Studie zu Hausaufgaben:**

Es kommt auf die Einbindung an 12-13

Berufspolitik**Fragen und Antworten rund um das Thema**

Schulrecht 14

Das Referat Tarifrecht 15

Junger VBEJunger VBE Frühjahrstagung in Königswinter/
Politiker Speed Dating: Zu Gast bei den Julis 16**VBE-Newsletter**

Nachrichten aus dem Bundesverband 18-19

VeranstaltungenPolitik braucht Praxisblick – damit Inklusion
Schule macht 20-21Schulleiterkongress: Experten fordern mehr
Freiräume für Schulen 22-23

Internationaler Gipfel 24

Aus dem Landtag

Debatte um Flüchtlinge 26-27

VBE-regionalStV Dortmund, KV Siegen, KV Lippe,
StV Hagen, OV Lippstadt 28**Senioren**

Heinz Schneider verabschiedet sich 29

Medien

Lehrer sind keine IT-Muffel 30

Impressum:

SCHULE HEUTE – Information und Meinung
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher im DBB NRW,
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Telefon 0231 425757-0, Fax 0231 425757-10

Produktion:
VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,
Tel.: 0231 420061, Fax: 0231 433864
Internet: www.vbe-verlag.de

Anzeigen:
dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 A, 40878 Ratingen
Tel.: 02102 74023-0, Fax: 02102 74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannan, Tel.: 02102 74023-715
Anzeigenverwaltung: Britta Urbanski, Tel.: 02102 74023-712
Preisliste Nr. 12, gültig ab 1.10.2015

Redaktion:
Melanie Kieslinger (Schriftleiterin)
E-Mail: melanie.kieslinger@vbe-nrw.de
Udo Beckmann
E-Mail: redaktion@schuleheute.de
Internet: www.vbe-nrw.de
Nina Braun (Pressereferentin)
E-Mail: n.braun@vbe-nrw.de

Druck:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG Druckmedien,
Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Verlag:
dbb verlag gmbh, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,
Tel.: 030 7261917-0, Fax: 030 7261917-40,
Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Satz und Layout: my-server.de - GmbH
Wambeler Hellweg 152, 44143 Dortmund
in Zusammenarbeit mit Kirsch Kürmann Design
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund
Titelbild, S. 2 und S.4: view7/photocase.de u. tanatat/Shutterstock.com

Anschriftenverwaltung:
VBE-Landesgeschäftsstelle, Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Für Mitglieder ist der Bezugspreis dieser Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Abonnement 19,00 EUR, Einzelheft 2,00 EUR, zuzüglich Versandkosten.
Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch.
Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben
keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der
Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder
teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern
erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei
Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.
Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der
Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto
beiliegt. Die Redaktion behält sich vor, redaktionelle Kürzungen der eingesandten Texte
vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Besprechung ohne Aufforderung
zugewandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und
entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Beilage, wenn erschienen: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

ISSN-Nr.: 0342-751X
Druckauflage: 23.867 (IVW 4/2015)



Gewalt darf nicht Schule machen



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

an Schulen sind Heterogenität und Diversität von Kindern, Jugendlichen und Eltern Normalität geworden. Der Prozess wurde und wird durch Inklusion und Integration beschleunigt. In der Schule treffen wie an kaum einem anderen Ort verschiedene Weltbilder aufeinander. Schule ist in den vergangenen Jahren damit zwar vielfältiger und bunter geworden, aber auch immer mehr ein Ort von Wertekollisionen geworden. Da Schule etwa per se ein modernes Frauenbild lebt, das nicht in allen Kulturen selbstverständlich ist, und im Lehrerberuf überwiegend Frauen arbeiten, kommt es immer wieder zu kulturellen Konflikten – die im äußersten Fall in psychische oder physische Gewalt münden können.

Die Veranstaltung des Bundesministeriums des Inneren und des dbb beamtenbund und tarifunion, auf der ich Anfang April eingeladen war, hatte „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ zum Thema. Auch Gewalt, die in Schulen herrscht. Gewalt an Schulen hat ihre Ursache nicht nur im Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen. Aggression entsteht auch dadurch, dass Politik Anforderungen an Schule formuliert, die Schule nicht leisten kann, aber zu bestimmten Erwartungshaltungen bei Eltern führt. Fehlende oder zu geringe Ressourcen (personell, sächlich, räumlich, zeitlich) für Schulen erschweren die Ausübung des Bildungs- und Erziehungsauftrags, erhöhen den Druck auf alle Beteiligten – Lehrkräfte, Schüler, Eltern – und belasten den Umgang miteinander. Und nur in einer gut ausgestatteten Schule kann erforderliche Präventionsarbeit gegen Gewalt geleistet werden.

Als Gewerkschaft haben wir dies immer wieder deutlich gemacht. Unsere Forderungen lauten:

- eine Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung, die sich intensiv mit den Anforderungen durch Heterogenität und Diversität in Schüler- und Elternschaft auseinandersetzt.
- eine solide finanzielle Ausstattung, um zum Beispiel das Arbeiten mit Unterstützung von multiprofessionellen Teams gewährleisten zu können.
- die Zusammenarbeit mit verlässlichen Partnern wie der Polizei und den Jugendämtern.
- mehr Zeitressourcen für Kooperation und für Beratung bereitstellen.

Gewaltprävention ist für den VBE kein neues Thema. Schon 2004 haben wir mit der Deutschen Polizeigewerkschaft ein Präventionskonzept unter dem Titel „Gewalt darf nicht Schule machen“ erarbeitet. Teil dieses Konzepts ist es u. a., Ansprechpartner in Schulen und der örtlich zuständigen Polizeidienststellen benennen und in den Schulen bekannt zu machen; regelmäßige gemeinsame Bewertung der Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei und Jugendgerichtsbarkeit vorzunehmen; Information über Präventionsangebote der Polizei für Schulen zu verbreiten; gemeinsam Seminare für Polizei und Lehrkräfte zum Thema Gewaltbewältigung anzubieten.

Viele Schulen haben trotz mangelnder Ressourcen Konzepte zur Gewaltprävention erarbeitet. Fakt aber bleibt, Schule ist und bleibt ein Spiegel der Gesellschaft und hat allein daher nur begrenzte Korrekturmöglichkeiten. Insbesondere dann, wenn es nicht gelingt, die Eltern ins Boot zu holen. Schule kann nicht Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein, auch wenn die Politik immer wieder gern diesen Eindruck erweckt.

Landesvorsitzender VBE NRW

facebook

Der VBE NRW bei Facebook:
www.facebook.com/vbe.nrw

VBE

Neue Videofunktion auf
www.vbe-nrw.de



PCB-verseuchte Ausbildungsstätten, baufällige Toiletten, bröckelnder Putz: Viele Schulen sind in keinem guten Zustand. Schulleitung, Lehrkräfte, Eltern und Schüler greifen häufig schon selbst zum Pinsel und Putzeimer, um den schlimmsten Verfall abzuwenden. Was die Politik tun müsste, um die Misere zu beheben und warum das Umfeld für das Lernen immer wichtiger wird.

Jetzt auch noch PCB. „Die Politik spielt mit der Gesundheit von Lehrkräften und Schülern. Obwohl PCB von der Internationalen Agentur für Krebsforschung in die höchste Gefahrengruppe eingeordnet wurde, gelten in Deutschland weiterhin vollkommen veraltete Richtlinien“, warnte Udo Beckmann, Vorsitzender des VBE, als eine aktuelle Bewertung des Umweltbundesamtes zum Thema PCB publik wurde.

Viele Schulgebäude sind seit Langem mit PCB belastet, das als Weichmacher zahlreichen Lacken, Dichtungsmassen und Isoliermitteln beigemischt wurde. Für die Bewertung der tolerierbaren Werte von PCB sind die Länder zuständig. 1994 wurde eine PCB-Richtlinie erlassen, die zum damaligen Zeitpunkt konform zu wissenschaftlichen Erkenntnissen war. Allerdings hat die Weltgesundheitsorganisation WHO 2003 eine Neubewertung der tolerierbaren täglichen

Aufnahme vorgenommen. Seitdem liegt der in Deutschland geltende Wert 50-fach über dem von der WHO empfohlenen. Beckmann klagt an: „Die politisch Verantwortlichen haben eine Fürsorgepflicht für die Pädagogen und Schüler. Es passt nicht zusammen, dass Lehrer die Schüler zu umweltbewussten Bürgern erziehen sollen und gleichzeitig die Ausbildungsstätten PCB-verseucht sind.“

Der VBE fordere daher alle politisch Verantwortlichen dazu auf, die PCB-Richtlinien schnellstmöglich zu überarbeiten und entsprechende Sanierungen der Gebäude einzuleiten. Der VBE-Vorsitzende erwarte, dass Bund, Länder und Kommunen sich dieser Verantwortung gemeinsam stellen und sich keiner aus der Verantwortung stiehlt. Beckmann macht klar: „Die Beschäftigten an den Schulen und Hochschulen sowie die Schüler und Studenten haben einen Anspruch auf belastungsfreie Unterrichtsräume.“

Die Gesundheitsgefahr durch PCB-Belastung ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Gegenwärtig agieren Kommunen und andere Schulbauträger ausnahmslos vor dem Hintergrund eines beträchtlichen Investitionsstaus aus den vergangenen Jahrzehnten.

Nach einer Umfrage des WDR von Februar 2016 bestehen in 85 Prozent aller teilnehmenden Schulen leichte, schwere oder gar gefährliche Baumängel. An der Umfrage hatten 1.021 Schulleiter aus allen Schulformen teilgenommen und meldeten die folgenden Probleme: In der Turnhalle der Barbaraschule in Ahlen sind Laufspiele wegen der erhöhten Gefährdung verboten. Die Grundschule Stadtfeldmark in Lengerich meldet defekte Heizungen und Schimmel in den Klassenräumen, in der Städtischen Gesamtschule Bockmühle in Essen sind in nahezu allen Klassenräumen die Fenster undicht und/oder es fehlen Griffe, um sie zu öffnen. Die James-Krüss-Grundschule in Herne soll gar aufgrund des Investitionsstaus im kommenden Jahr geschlossen und mit einer anderen Schule zusammengelegt werden.

Laut WDR-Umfrage handelt es sich bei den meisten Baumängeln keineswegs um reine Schönheitsreparaturen. Die Beanstandungen reichen von bröckelndem Putz über Fenster, die sich nicht öffnen lassen, bis hin zu völlig unbrauchbaren Toiletten oder ganzen Räumen oder Gebäudeteilen, die nicht mehr betreten werden können. Das sind Mängel, die den Unterricht und das Lernen massiv behindern – teilweise sogar die Sicherheit von Schülern und Lehrern gefährden. Rund 190 Schulleiter stufte die Schäden an ihren Klassenräumen sogar als „schwer“ oder „gefährlich“ ein.

Auch das Magazin „Stern TV“ hat das Thema im März aufgegriffen und eine Umfrage unter Eltern gemacht. 1.327 Personen haben daran teilgenommen und Fotos von Schulen an die Redaktion geschickt. Fast die Hälfte der Umfrageteilnehmer (46 Prozent) bezeichneten die betreffende Schule als renovierungsbedürftig. Besonders die Schultoiletten erhielten schlechte Noten: Zwei Drittel der Kinder gehen „gar nicht zur Schultoilette“ oder „vermeiden es nach Möglichkeit“. Mehr als 250 monierten jeweils, dass kein Toilettenpapier oder keine Seife vorhanden sei, vom Gesamtzustand ganz zu schweigen.

Gegenüber dem Magazin räumt der Vorsitzende des Städtetags Nordrhein-Westfalen und Oberbürgermeister von Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann (CDU), ein: „Keine Frage, wir kämpfen seit zwanzig Jahren in den Kommunen mit dem Problem der maroden Schulen.“ Er könne alle Eltern verstehen, die sagen: Jetzt reicht's, löst das Problem endlich. Aber man müsse auch sehen, dass die Kommunen seit vielen Jahren mit einer dramatischen Unterfinanzierung klarkommen müssen. Die Städte und Gemeinden sind tatsächlich allein verantwortlich für die Finanzierung der Schulgebäude und des laufenden Betriebs – Heizung und Wasser, Möbel, Papier und Instandsetzungen aller Art.

Die Gründe, warum Kommunen nicht in die Schulen investieren, sind vielfältig. Mancherorts fehlt es aufgrund einer hohen Arbeitslosenquote und geringen Steuereinnahmen generell an Geldern für die Sanierungen öffentlicher Gebäude. In anderen Kommunen ver-



Computer,
Museum &
Sport

Auf den Spuren von Heinz Nixdorf

Eine Initiative der Heinz Nixdorf Stiftung
für die Schuljahre 2015/16 und 2016/17



Schulklassen aufgepasst: In den Schuljahren 2015/16 und 2016/17 können Klassen eine spannende Museumsführung durch das größte Computermuseum der Welt mit dem Schwerpunkt »Heinz Nixdorf« in Kombination mit einem Sportangebot erleben. Und das Beste: **Es gibt einen Kostenzuschuss in Höhe von 2/3 der entstehenden Reise- und Programmkosten bis max. 500 Euro.** Aus folgenden Sportangeboten können Sie wählen: Sportlich aktives Teambuilding, Squash, Leichtathletik und Baseball.

Buchen Sie jetzt unter 05251-306-665 oder unter service@hnf.de

Im HNF gibt es
immer etwas Neues
zu entdecken.
www.hnf.de

H HNF
N Heinz Nixdorf
F MuseumsForum
Paderborn

Graffiti und heruntergekommene Toiletten sind Alltag an den meisten Schulen.



hindern politische Streitereien Instandsetzungen. Es kommt auch vor, dass Schulen aufgrund sinkender Schülerzahlen zusammengelegt werden sollten und daher schon lange nichts mehr an den Gebäuden gemacht wurde. Plötzlich ändern sich jedoch die Bedingungen und die Schülerzahlen steigen, sodass Standorte erhalten werden müssen – mit den sanierungsbedürftigen Gebäuden.

Eine Studie des Deutschen Institut für Urbanistik (DifU) im Auftrag der KfW-Bank aus dem vergangenes Jahr zeigt, wie groß das Finanzloch ist: Auf 32 Milliarden Euro schätzt das DifU den Investitionsstau an den Schulen. Nur im Straßenbau liegt er mit 35 Milliarden Euro noch etwas höher. Als das DifU im Rahmen der Studie die Kämmerer der Städte und Gemeinden in Deutschland fragte, ob sie ausreichend Geld hätten, ihre Schulen instand zu halten, war die Antwort ein deutliches Nein.

Verschärft wird die Lage noch einmal dadurch, dass die Ansprüche an die Schulen in den vergangenen 15 Jahren enorm gestiegen sind. Seit der Pisa-Studie 2001 hat sich die deutsche Bildungslandschaft verändert wie niemals zuvor: Ganztagschulen, Mittagessen und Inklusion sind mittlerweile politisch und gesellschaftlich gewollt, aber finanziell nur bedingt eingeplant.

Der „Investitionsrückstand hat gerade bei den Schulen auch mit wachsenden Anforderungen zu tun“, heißt es in der Studie des DifU. Womöglich würden auch „die Defizite stärker wahrgenommen – etwa durch den wachsenden gesellschaftlichen Stellenwert der schulischen Bildung“.

So ist es: Zeitgemäße Pädagogik sollte heute unterschiedliche Wege, Orte und Perspektiven ermöglichen. Entsprechende Konzepte sehen mehr Zeit und Raum für selbstorganisiertes und praktisches Lernen vor. Für die Gebäude heißt das, dass Lern- und Unterrichtsräume, die den Charakter von Werkstätten oder Ateliers aufweisen, immer wichtigere räumliche Ressourcen werden. Wer es ernst meint mit modernen Unterrichtsmethoden, also etwa informelles Lernen zulassen will, braucht dafür Räume, die den unkomplizierten Wechsel zwischen Instruktion, Einzelarbeit, Gruppenarbeit und Präsentation ermöglichen.

Und mit der Einführung der Ganztagschule werden Schulbauten noch mehr zu Lebensorten. Daher benötigen sie neben Lern- und Arbeitsbereichen ein differenziertes Angebot an Aufenthalts- und Erholungsbereichen. Hier benötigen Lehrer und andere Mitarbeiter echte Arbeitsplätze und ein ausreichendes Set an Arbeits-, Besprechung- und Erholungsräumen. Hinzu kommen die Ansprüche, die die Inklusion an die Pädagogen stellt. Ein inklusives Schulsystem, in dem Schüler mit ganz unterschiedlichen Unterstützungs- und Förderbedarfen in den Regelbetrieb integriert sind, ist mit räumlichen Veränderungen verbunden. Schulen benötigen Platz für Beratungs- und Betreuungsangebote, für sozialpädagogisch, psychologisch und medizinisch geschultes Personal, für Unterrichtsarrangements in zusätzlichen Kleingruppen, für individuelle Rückzugsmöglichkeiten oder für die Versorgung von Schülern mit hohem Assistenzbedarf. Damit Schulbauten von allen Gruppen möglichst ohne weitere Anpassung verwandt werden können, müssen sie durchgängig barrierefrei gestaltet sein. Alle Lernumgebungen sind so zu gestalten, dass sie mit mindestens mit zwei Sinnen wahrnehmbar sind. Das wäre zumindest wünschenswert.

Leistungsfähige Pädagogik braucht zeitgemäße Räume. Stattdessen sind die Missstände und Mängel vielerorts offensichtlich. Gar nicht zu sprechen von interaktiven Tafeln, WLAN und Tablets für die Schüler. Der VBE fordert daher kurzfristig ein gemeinsames Sanierungsprogramm von Bund und Kommunen, um den Investitionsstau zu lösen.

Nina Braun

Wie sieht es an Ihrer Schule aus? Uns interessiert Ihre Erfahrung mit den baulichen Mängeln Ihrer Schule. Senden Sie Ihre Fotos an unsere Pressestelle unter presse@vbe-nrw.de.

Weitere Informationen
Beim VBE ist die Broschüre „Leitlinien für leistungsfähige Schulbauten in Deutschland“ erhältlich.



Alles neu

Ich habe mitnichten in den Ferien nur so ein bisschen geräumt und Kaffee getrunken. Natürlich habe ich das auch getan. Aber in erster Linie habe ich – wie fast jedes Jahr – mal eben ein neues pädagogisches Raumkonzept entworfen. Wir wissen doch alle, wieviel Einfluss beispielsweise die Sitzordnung für den Lernerfolg eines Schülers ausmacht. Oder das Vorhandensein bestimmter Lernecken. Der Forschertisch! Die Lesecke! Die Farbe der Vorhänge! Das ist reines Feng Shui fürs Klassenzimmer.

Natürlich kann ich das nicht alles alleine machen (ich könnte schon, aber ich bin ja nicht mehr Mitte 20), da ist es gut, wenn das Verhältnis zum Hausmeister stimmt. Überhaupt, der Hausmeister! Liebe Referendare, liebe junge Kolleginnen, hier ein mütterlicher Rat: Knüpft eure Beziehungen Richtung Hausmeisterbüro und Sekretariat! Kolleginnen kommen und gehen, Chefinnen können so sein oder so. Die wirklich wichtigen Freundschaften sind die zu Hausmeister und Sekretärin. Un-be-zahl-bar! Ganz bescheiden darf ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass ich die erste an unserer Schule war, der der Hausmeister das DU, HEINZ, DU angeboten hat*. Zwar fiel mir vor Schreck die Kaffeetasse aus der Hand, aber das schmälerte die Erhabenheit des Momentes nicht. Im Hausmeisterbüro findet sich immer ein Wischlappen. DU, HEINZ, DU und ich sind jedenfalls ganz dicke. Das erklärt auch, dass er bereits ohne weitere Aufforderung die Tische und Stühle in der Klasse gegen größere ausgetauscht, ein Regal ab-, ein weiteres aufgebaut, meine Pflanzen gegossen und die Pinnwände neu gestrichen hat. Und das alles für ein grantiges „Wat machst du denn schon widda he?“ Boah!

*Kniggeerfahrene mögen jetzt einwenden, dass dieser Ablauf mitnichten von gutem Stil geprägt sei. Schließlich müsse doch die Dame zuerst ...? Das gilt aber definitiv nicht für Hausmeister. Die stehen über allem. Immer.

Da war es dann auch ein Leichtes für mich, den Rest des Klassenraumes den Bedürfnissen eines 3. Schuljahres anzupassen. Klassenraumgestaltung ist ja tatsächlich eine wichtige Sache in der Grundschule. Und da wir das unermessliche Glück eines festen Raumes haben, können wir uns da auch richtig ausleben. Natürlich nicht so, wie das unsere geschätzten amerikanischen Kollegen tun. Wusstet ihr, dass es in den USA einen Berufszweig gibt, der Klassenräume nach Mottos einrichtet und umgestaltet? Passend zu Halloween, 100th day of school, Valentinstag und so weiter. Verrückt. Andererseits auch faszinierend für jemanden wie mich, der sein Klassenzimmer recht clean einrichtet. In meiner Klasse erfüllt alles einen Zweck, da gibt es nichts, was reine Deko wäre. Keine Bärchen, keine Mäuschen, keine Herzchen. Und dann surfe ich auf die Seite „Schoolgirl Style“ und denke, ja, so eine Tikibar ... warum eigentlich nicht?

Der Hausmeister lässt sich derweil ein Brett auf den dicken Zeh fallen und teilt mir lautstark mit, dass ich ja wohl einen Knall hätte. Und offensichtlich kein Zuhause. Und überhaupt wäre es doch mal langsam Zeit für einen Kaffee!

Glück gehabt, ihr Drittklässler, gerade noch so an der Happy Honeybee Collection vorbeigekommen.



Frau Weh heißt im wahren Leben natürlich anders, aber damit sie lebensnah schreiben kann, möchte sie anonym bleiben. Mehr Texte von ihr unter <https://primimaus.wordpress.com>

Anzeige

NEU
genius
Die Jugend-Wissenschaften von Duisburg
KOSTENFREIE TECHNIK-WORKSHOPS

explorado
KINDERMUSEUM

ANGEBOTE
FÜR KLASSE
1-6

ALLE INFOS & BUCHUNG: www.explorado-duisburg.de



Hauptaufgabe: Integration

Integration von neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen – so unterstützen Kommunale Integrationszentren die Schulen.

Aufgrund der hohen Zahlen der Neuzugewanderten und Geflüchteten nach Deutschland, stehen die Kommunalen Integrationszentren (KI) in Nordrhein-Westfalen vor besonderen Aufgaben. An den meisten Standorten wird zunächst die sogenannte „Erstberatung“ durchgeführt. In Gesprächen von bis zu 45 Minuten werden neben der grundlegenden Erfassung der Daten Erwartungen der neu zugewanderten und geflüchteten Familien oder unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge festgestellt, die bisherige Bildungsbiografie erfasst, Potenziale und Kompetenzen werden eingeschätzt. Zuwanderer bekommen Informationen zum Schulsystem in NRW, etwa durch mehrsprachiges Informationsmaterial, Schulzuweisungen werden, in Absprache mit den entsprechenden Schulaufsichten und Schulleitungen, gemacht und es wird, beispielsweise über die Schuleingangsuntersuchung, informiert.

Neben der koordinierenden und begleitenden Beratungstätigkeit bietet das KI vor Ort regelmäßige Arbeitstreffen für die Lehrerinnen und Lehrer an, die in den Vorbereitungsklassen, Auffangklassen oder Internationalen Förderklassen unterrichten. Bei diesen Arbeitstreffen werden fachliche Inputs zu aktuellen Themen wie „Alphabetisierung“ oder „Deutsch als Zweitsprache“ gegeben. Bei den Treffen geht es aber auch darum, die im Handlungsfeld der neu zugewanderten und geflüchteten Kinder und Jugendlichen Handelnden zu vernetzen. Im KI Krefeld entsteht zudem eine Präsenzbibliothek, bei der Lehrerinnen und Lehrer Unterrichtsmaterial und Lehrwerke einsehen

können. Die KI-internen Qualifizierungsmaßnahmen werden in Absprache mit dem Kompetenzteam und dem Kompetenzzentrum ProDaZ der Universität Duisburg-Essen konzipiert und umgesetzt.

Abgeordnete Lehrkräfte an den KI sind vor allem für die Beratung und Begleitung von Schulen zu Konzepten interkultureller und durchgängiger sprachlicher Bildung, Arbeit mit Bildungsnetzwerken und Kooperation mit weiteren Akteuren vorgesehen. Je nach regionaler Ressource bieten die KI Netzwerktreffen für Lehrkräfte an, die Klassen mit neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen unterrichten. In Abstimmung mit den Kompetenzteams werden an vielen Standorten Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, die auf die Bedarfe vor Ort zugeschnitten sind und aktuelle Diskussionsstände und Erfahrungen aus der Fachwissenschaft und guter Praxis aufnehmen. Entsprechende Informationen werden entweder auf der Internetseite des jeweiligen KI oder aber der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren (LaKI) veröffentlicht. Die KI verfügen in vielen Fällen über eine Bibliothek bzw. Materialausleihe, sodass hier die Gelegenheit besteht, sich einen Überblick über neue Angebote der Verlage zu verschaffen. Es entstehen aber auch eigene Werke. So hat das KI Kreis Olpe den Minidolmetscher entwickelt, der kostenlos auf der Internetseite zur Verfügung steht. In diesem Minidolmetscher werden in den Sprachen Albanisch, Arabisch, Englisch, Französisch, Russisch und Serbisch Wörter und Sätze zu folgenden Themenbereichen vorgestellt: Erster Kontakt, All-

gemeines, Zahlen, Wochentage und Monate, Kleidung und Zubehör, Wohnen, Essen und Trinken, Familie, Schule und Arbeit, Religion, Feste und Feiertage, Gesundheit und Ausländerbehörde. Der Minidolmetscher verfolgt das Ziel, mit Zugewanderten oder Geflüchteten einfacher ins Gespräch zu kommen und Informationen austauschen zu können, denn oft bringt schon eine Begrüßung in der Herkunftssprache des Gegenübers Wertschätzung zum Ausdruck und stellt eine erste Grundlage für den Aufbau gegenseitigen Vertrauens dar.



Die LaKI bietet zusätzliche Unterstützungen an, um neu zugewanderte und geflüchtete Kinder und Jugendliche bestmöglich in das schulische System zu integrieren. Auf der Website der LaKI sind im Handlungsfeld der „Seiteneinsteiger“ die Themenbereiche Bildungsberatung, Schulkonzepte, Beratung von Schulen, Material, Qualifizierung und Netzwerke abgebildet. Jeder wird stetig um Inhalte ergänzt. Konkret finden sich beispielsweise bei „Bildungsberatung“ mehrsprachige Informationen zum deutschen Bildungssystem. Die grundlegenden rechtlichen Rahmenbedingungen sind unter „Beratung von Schulen“ zusammengestellt. Im Bereich „Materialien“ sind u. a. Literatur-

listen eingestellt, die nach Schulform und Themenbereichen sortiert sind. Es werden zudem Anregungen und Hilfen für den Einstieg in den Unterricht mit neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen gegeben. Die Informationen sind im Verbund der KI entstanden oder greifen etwa auf wissenschaftliche Arbeiten aus Universitäten wie beispielsweise dem Kompetenzzentrum ProDaZ der Universität Duisburg-Essen zurück. Ziel dieser Website ist, bereits im Land NRW vorhandene Informationen und Materialien sichtbar zu machen und die Bildung von Netzwerken zu fördern.

Die LaKI bietet außerdem qualifizierende Maßnahmen in Form einer Tagungsreihe an. Die Tagungsreihe bietet grundsätzlich Einblicke in aktuelle wissenschaftliche Diskussionsstände mit Vorträgen von Referentinnen und Referenten u. a. der Universitäten Paderborn, Münster und Osnabrück.

Die Darstellung macht deutlich: Grundsätzlich ist das Handlungsfeld der schulischen Integration von neu zugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen geprägt von einer großen Heterogenität in Hinblick auf individuelle schulische Laufbahnen und vor allem mitgebrachte persönliche Erfahrungen. Das bedingt in einem besonderen Maße ein flexibles Handeln seitens der Schule und aller in diesem Kontext Agierenden.

*Tina Teepe,
Landesweite Koordinierungsstelle
Kommunale Integrationszentren*



Der Verbund der „Kommunalen Integrationszentren“ (KI) in Nordrhein-Westfalen ist aus den seit 1980 geförderten „Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) und dem Programm „KOMM-IN“ hervorgegangen. Die im Jahr 2012 bestehenden 30 RAA wurden in Kommunale Integrationszentren mit erweiterten Aufgabenschwerpunkten in den Bereichen „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“ umgewandelt. Der Verbund hat sich bis heute auf insgesamt 50 KI im Land erweitert.

Die frühere „Hauptstelle RAA“ mit Sitz in Essen wurde neu organisiert und eine „Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren“ (LaKI) gebildet, die seit August 2013 tätig ist.

Weitere Informationen

<http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/kommunale-integrationszentren>
(Übersicht KI-Verbund + Ansprechpersonen)

<http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/seiteneinsteiger>
(konkrete Anregungen zum Handlungsfeld der neu zugewanderten und geflüchteten Kinder und Jugendlichen)

http://www.kreis-olpe.de/media/custom/2041_3459_1.PDF?1448278609
(Minidolmetscher)

Anzeige

Mosel, direkt in Bernkastel-Kues: 8 Fewo. 1-3 Schlafzimmer, Balkon mit herrlichem Burgblick. Tel.: 06531/1421
E-Mail: mosel4fewo@aol.com, www.bernkastel-fewo.de
Tel.: 0171/5281188



„Aufgegeben habe ich nie, eher vertagt“

Im Juni ist Personalratswahl.

Sechs Fragen an Agnes Wagner, Spitzenkandidatin des VBE für den Hauptpersonalrat für den Bereich Förderschulen und Schulen für Kranke.

Frau Wagner, Sie sind Spitzenkandidatin des VBE für die Personalratswahl 2016. Was möchten Sie für die Lehrerinnen und Lehrer erreichen?

Als Personalrätin sehe ich meine vorrangige Aufgabe darin, Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten gegenüber belastenden Situationen zu fordern und zu schaffen. Aktuell nötig ist das im Bereich der Inklusion, der Integration, angesichts steigender außerunterrichtlicher Belastungen wie der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts, bei Fortbildungen, die nicht realistisch als Arbeitszeit angerechnet werden, bei stark heterogenen Klassen, in denen man zunehmend mit schwierigen Kindern alleingelassen wird.

Personalratsarbeit ist nicht immer unkompliziert. Was waren bisher die schwierigsten Situationen, die Sie überwinden mussten?

Es gibt viele Situationen, in denen ich auf Unverständnis bei Vorgesetzten treffe. Als besonders frustrierend empfinde ich die Ignoranz, wenn ich die verschlechterten Rahmenbedingungen an den Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung anprangere. Aus eigener Erfahrung weiß ich, was es bedeutet, als Lehrerin allein vor einer Klasse mit bis zu 17 Schülerinnen und Schülern an dieser Schulform zu stehen.

In welcher Situation haben Sie aufgegeben? Und auf welchen Erfolg sind Sie im Nachhinein besonders stolz?

Aufgegeben habe ich nie, eher vertagt, um später an geeigneterer Stelle oder in anderer Form erneut das Anliegen vorzutragen. Ist man erfolgreich, freut das immer wieder, wenn zum Beispiel der vorher verwehrte Versetzungswunsch eines Kollegen gewährt wird.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre: Wie hat sich die Arbeit, der Arbeitsplatz für Lehrerinnen und Lehrer verändert?

Rückblickend sehe ich besonders vier einschneidende Umbauten an Förderschulen und Schulen für Kranke:

1. Durch die Einführung des Gemeinsamen Lernens kamen neue Arbeitsplätze an den allgemeinbildenden Schulen dazu. Eine genaue Arbeitsplatzbeschreibung und eine zielgerichtete Fortbildung für die Lehrkräfte fehlen bis heute.
2. Durch die Mindestgrößenverordnung werden immer mehr Förderschulen in den Bereichen Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache geschlossen oder zusammengelegt.
3. Bei der Zusammenlegung entstehen zunehmend Teilstandorte, was zu außerunterrichtlichen Belastungen führt: Fehlende Schulleitungen vor Ort, immense Fahrzeiten, aber auch das mangelnde Zusammenwachsen zu einem Kollegium sind Anforderungen, die die Kolleginnen und Kollegen belasten.

4. Dazu kommt das Sparmodell des Stellenbudgets. Hier fordere ich, die Budgetobergrenze der sonderpädagogischen Stellen aufzuheben oder noch besser das Stellenbudget zu verdoppeln, damit Inklusion nicht nur zur Einpassung in das bestehende System, bis an die Grenze des Zumutbaren für alle Beteiligten führt, sondern als eine auf die Situation angepasste Reform mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet wird.

Warum ist der VBE für Sie ganz persönlich die richtige Interessensvertretung?

Ich habe den VBE in den ersten Jahren als Lehrerin durch Fortbildungen kennengelernt. Hier gab es konkrete Unterrichtsmaterialien und hier traf ich auf liebenswerte und sehr engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht nur täglich für ihre Schülerinnen und Schüler einsetzen, sondern darüber hinaus mir hilfsbereit zur Seite standen und sich auch für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen vor Ort einsetzten.

Eine Personalrätin sollte den Alltag der Menschen kennen, die sie vertritt: Warum sind Sie Lehrerin (für Sonderpädagogik) geworden und was hat Sie motiviert, jeden Tag mit Kindern/Jugendlichen zu arbeiten?

Ich wollte schon als kleines Mädchen Lehrerin werden. In meiner Schulzeit habe ich viele positive, aber leider auch negative Erfahrungen mit Lehrern gemacht. Gerade diese negativen haben mich bestärkt, es besser machen zu wollen. Besonders die Schülerinnen und Schüler, die bei ihren Mitmenschen anecken, sie provozieren, wollte ich verstehen und unterstützen. Im Praktikum an einer Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Erziehung habe ich dann die Erfahrungen gemacht, wie schnell gerade diese „schwierigen“ Kinder und Jugendliche mir ihr Vertrauen schenkten. Im Beruf hat mich dieses Vertrauen, die sehr persönliche Beziehung zu ihnen, immer wieder motiviert, die oft belastende Arbeit aus Neue aufzunehmen, als Vertreterin ihrer Interessen.

Agnes Wagner ist im Hauptpersonalrat für Förderschulen und Schulen für Kranke beim Ministerium für Schule und Weiterbildung und Lehrerin am Förderzentrum Ost in Viersen.

**Personalratswahl 2016:
Wählen gehen!**

„Das ist der VBE für mich: Fürsorglich, pragmatisch und weltoffen.“



Im Juni ist Personalratswahl. Sechs Fragen an unseren Experten für Gesamtschulen: Klaus Köther, Spitzenkandidat des VBE für den Hauptpersonalrat Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule und PRIMUS-Schule.

Herr Köther, Sie sind Spitzenkandidat des VBE für die Personalratswahl 2016 für den Bereich Gesamtschule. Was möchten Sie für die Lehrer erreichen?

Das System „Schule“ unterscheidet sich in einigen Aspekten deutlich von der Arbeitswelt: Wir arbeiten unter hohen Belastungen, gerade weil wir nicht vordergründig Zahlen und Statistiken erfüllen müssen, sondern den Mensch in den Fokus unserer Bemühungen stellen.

Die Forderungen im Bereich der Arbeitsbedingungen müssen somit äußerst vielfältig sein: Es beginnt mit einer nötigen Verbesserung der materiellen Grundlagen unserer Arbeit, viele Schulen sind baulich und technisch auf einem verbesserungswürdigen Stand. Weiterhin muss im strukturell-organisatorischen Bereich einiges verändert werden: Wichtig sind hier unter anderem die Verminderung der Klassengrößen, die Gewährung von größeren Entlastungsstundenkontingenten beispielsweise zur Planung von individueller Förderung oder auch eine generelle Doppelbesetzung in Klassen des „gemeinsamen Lernens“ oder in „Willkommensklassen“.

Personalratsarbeit ist nicht immer unkompliziert. Was waren bisher die schwierigsten Situationen, die Sie überwinden mussten?

Die schwierigsten Situationen ergaben sich in meiner Arbeit immer dann, wenn es um einzelne, schwere Schicksale geht. Ich erinnere mich gut an einen Familienvater, der keinen Anschlussvertrag mehr erhielt, obwohl er jahrelang auf Basis von Kettenverträgen beschäftigt war. Solche Situationen machen mich betroffen – obwohl sich fast immer eine Lösung finden lässt, mit der alle Beteiligten leben können.

In welcher Situation haben Sie aufgegeben?

In einer Zeit, wo die Bildungspolitik vom Finanzministerium bestimmt wird, die Schulen mit neuen Aufgaben überhäuft werden und eine Unzufriedenheit in vielen Bereichen der Profession manche überkommt, wäre Aufgabe nur eine Option, wenn man sich dem Zwang zur Verbesserung verweigert.

Ein Rückblick auf die letzten Jahre: Wie hat sich die Arbeit, der Arbeitsplatz für Lehrer verändert?

Der Umstand, dass Politik erst Entscheidungen trifft, und sich danach Gedanken über die Umsetzung macht, führte in den letzten Jahren zu Unmut und Überlastungen. Aus den Statistiken geht zwar hervor, dass sich der Respekt vor dem Lehrerberuf in der Gesellschaft verbesserte, doch der Respekt der Lehrerinnen und Lehrer vor den Aufgaben der Gesellschaft sollte auf der anderen Seite nicht ausgenutzt werden, indem man die Schulen mit gesellschaftlichen Aufgaben alleine lässt.

Ein Personalrat sollte den Alltag der Menschen kennen, die er vertritt: Warum sind Sie Lehrer geworden und was motiviert Sie, jeden Tag mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten?

Als ich selbst noch Schüler war, wollte ich Lehrer werden, weil ich wollte, dass ein wertschätzender Unterricht stattfindet, der sich an den Themen der Gesellschaft ausrichtet. Ich konnte damals nicht verstehen, warum wir uns über das alte Rom unterhielten, aber die Kosovo-Krise oder die Übergriffe von Neonazis in den Neunzigerjahren keine Rolle spielten. Noch weniger verstand ich, warum es an meiner Schulen implizite Regeln gab, die einzelne Menschen benachteiligen. Kurzum: Ich wollte es besser als meine damaligen Lehrer machen, auch wenn ich einige von ihnen schätzte.

Heutzutage löste sich jene jugendlich geprägte Perspektive dahingehend auf, dass die Schüler im Zentrum meiner Motivation stehen. Ich unterrichte an einer Brennpunktschule, bin Klassenlehrer im „Gemeinsamen Lernen“ und versuche, in einer „Internationalen Klasse“ mit den Jugendlichen Philosophie und Deutsch zu erleben. Die Motivation besteht meist darin, den Kindern trotz der widrigen Einflüsse der Außenwelt einen Schutzraum und eine Perspektive zu bieten.

Warum ist der VBE für Sie ganz persönlich die richtige Interessenvertretung)?

Ich hörte vor einigen Tagen auf einer Fortbildung von einer Referendarin, die Angst hatte, im zweiten Versuch durch das zweite Staatsexamen zu fallen. Sie rief bei der GEW in Köln an, die ihr nach einer kurzen Beratung einen Flyer zusendete und dann nochmals zurückrufen wollte. Dieser Rückruf erfolgte nie. Über einen VBE-Stadtverband erhielt sie eine dauerhafte Betreuung. Jene Referendarin war nach dem erfolgreichen Bestehen des zweiten Versuches verblüfft, weil sie von uns wieder angerufen wurde. Man erkundigte sich, ob alles gut verlaufen sei und ob weiterer Unterstützungsbedarf bestünde. Das ist für mich der VBE: Bei uns geht es nicht darum parteinah, ideologisch und selbstverliebt zu sein, sondern fürsorglich, pragmatisch und weltoffen.

Klaus Köther ist Lehrer an der Bertolt-Brecht-Gesamtschule in Bonn und Personalrat bei der Bezirksregierung in Köln.

Mehr Informationen zur Personalratswahl unter
www.personalratswahl.de

Zahl der Schüler an privaten Ersatzschulen steigt an

160.274 Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen besuchen im zurzeit laufenden Schuljahr private Ersatzschulen. Wie das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen mitteilt, waren das 8,3 Prozent aller 1,9 Millionen Schüler an allgemeinbildenden Schulen (ohne Weiterbildungskollegs). Während die Gesamtschülerzahl gegenüber dem vorherigen Schuljahr (2014/15) um 1,1 Prozent zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Schüler an privaten Ersatzschulen im selben Zeitraum um 0,6 Prozent.

Im Vergleich zum Schuljahr 2005/06 hat sich damit die Zahl der Privatschüler um 1,5 Prozent erhöht. Zurzeit werden 16,5 Prozent aller 532.522 Gymnasiasten an einer privaten Ersatzschule unterrichtet; bei den 279.550 Gesamtschülern beläuft sich der Anteil auf 4,2 Prozent.

Statistik-Telegramm 2015/16: Mehr Ganztags und Inklusion bei weiter sinkender Schülerzahl

Immmer mehr Schülerinnen und Schüler nehmen ein Ganztagsangebot wahr. Das geht aus dem neuen „Statistik-Telegramm“ des Schulministeriums zu den aktuellen Schulleckdaten für das Schuljahr 2015/16 hervor. Mit dem Ausbau der Ganztagsangebote ist auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die am offenen, erweiterten oder gebundenen Ganztags ihrer Schule teilnehmen, von 38,0 Prozent (rund 739.300 Schülerinnen und Schüler) im Vorjahr auf jetzt 40,0 Prozent (rund 769.400 Schülerinnen und Schüler) angestiegen (zum Vergleich Schuljahr 2006/07: 18,4 Prozent). Laut Schulministerin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) würden so die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit schwierigen sozialen Startbedingungen verbessert.

Mentoren können prosoziales Verhalten bei Kindern fördern

Kinder aus Familien mit geringem Einkommen und Bildungsstand verhalten sich im Schnitt weniger prosozial als Gleichaltrige mit höherem Status. Diese Lücke lässt sich schließen, wenn sie in ihrer Persönlichkeit gestärkt werden. Das sind die Ergebnisse einer Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA).

Mehrere Jahre begleiteten Wissenschaftler in Köln und Bonn rund 700 Familien. Einige nahmen am Programm „Balu und Du“ teil, bei dem Kinder einmal pro Woche Besuch von einem Mentor bekommen, der mit ihnen etwa Bücher las oder in den Zoo ging. Nach einem Jahr zeigte sich, dass die teilnehmenden Kinder wesentlich prosozialer agierten und zu ihren Altersgenossen mit höherem Status aufgeschlossen hatten. Der Effekt blieb auch zwei Jahre nach Ende des Programms nachweisbar.



Studie: Junge Männer leiden am häufigsten unter „Aufschieberitis“

Vor allem junge Männer leiden unter Prokrastination, umgangssprachlich „Aufschieberitis“ genannt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Universitätsmedizin Mainz. Das wiederholte Aufschieben von Wichtigem kann gesundheitliche Folgen wie Stress, Depressionen, Angst, Einsamkeit und Erschöpfung haben.

Wissenschaftler hatten für die Untersuchung insgesamt 2.527 Teilnehmer zwischen 14 und 95 Jahren interviewt. Das Ergebnis: Es sind vor allem junge Männer und unter diesen vor allem Schüler und Studenten, die zur Verdrängung neigen. Außerdem seien die Betroffenen öfter Single, häufiger arbeitslos und hätten ein geringeres Einkommen als diejenigen, die die Aufgaben anpackten.

Nachrichten +++ Nachrichten +++ Nachrichten +++



VBE unterstützt „Kinder laufen für Kinder“ – Sportfest mit Spendenaktion

„Kinder laufen für Kinder“ ist ein Sponsorenlauf, der nach einem einfachen Prinzip arbeitet:

Im Vorfeld des Sportfestes suchen die Kinder Sponsoren, die ihnen für jeden gelaufenen Kilometer einen vereinbarten Betrag zugunsten der guten Sache spenden.

Die Aktion verbindet auf spielerische Weise körperliche Fitness mit sozialem Engagement. Sie fördert die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, das Wir-Gefühl und ergänzt den ganzheitlichen Ansatz der Aktion durch die Mitbestimmung bei der Auswahl eines passenden Spendenprojektes aus den drei Schwerpunkten Gesundheit, Bildung und Soziales.

Zahlreiche Partner und Förderer machen den langjährigen Erfolg von „Kinder laufen für Kinder“ möglich. Der VBE unterstützt „Kinder laufen für Kinder“ seit diesem Schuljahr ist und von der Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Aktion überzeugt. 14 Kultusministerien tragen die Schirmherrschaft.

Infos und Anmeldung unter www.kinder-laufen-fuer-kinder.de

Hausaufgaben in letzter Minute

Hausaufgaben werden oft hastig und unter Zeitdruck vergeben. Eine empirische Untersuchung der Universität Tübingen belegte jetzt die Annahme, dass bei der Vergabe von Hausaufgaben der Zeitpunkt häufig ein Problem ist: Oft werden sie am Ende der Stunde in letzter Minute gestellt. Dadurch fehlt die Zeit für Rückfragen und gelegentlich wird sogar die Pause beschnitten. Die Forscher beobachteten an 62 baden-württembergischen Gymnasien insgesamt 185 Situationen der Hausaufgabenvergabe. In der Hausaufgabenliteratur wird seit Jahrzehnten kritisiert, Hausaufgaben würden vorwiegend am Ende der Schulstunde noch schnell gestellt oder gar aus dem Ärmel geschüttelt. Dies führe dazu, so die überwiegende Einschätzung, dass keine Zeit für Erklärungen bleibe. Lernende hörten oft nur noch mit halbem Ohr zu, notierten sich die Aufgaben nicht und hätten sie zu Hause vergessen.



© kallejipp / photocase.de

Anzeige

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Glückszins Kredite für Sparfische
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68153 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen resp. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.



Fragen und Antworten rund um das Thema Schulrecht

In dieser Artikelreihe geben unsere Justiziere Antworten auf die brennendsten Fragen von Lehrkräften, die uns immer wieder in unserem Alltagsgeschäft begegnen.

Das Problem:

In meiner Klasse ist ein Kind, das Diabetes hat. Die Mutter verlangt nun von mir, dass ich den Blutzucker messe und es gegebenenfalls mit Insulin versorge. Mir ist dabei aber nicht wohl. Muss ich das Kind tatsächlich medizinisch versorgen?



Die Antwort:

Nein. Sie sind keine medizinische Fachkraft und müssen als Lehrkraft ein chronisch krankes Kind nicht versorgen. Hier muss das Kind entweder selber so geschult werden, dass es sich selbst versorgen kann, oder die Eltern müssen eine andere Lösung finden. Wenn Sie die Versorgung gerne übernehmen möchten, so dürfen Sie dies. Hierbei sollten Sie jedoch darauf achten, dass Sie eine genaue Handlungsanweisung von einem Arzt vorgelegt bekommen, an welche Sie sich genau halten. Zudem müssen Sie eine Ver-

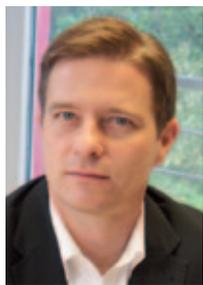
tretungsregelung für den Fall finden, wenn Sie mal ausfallen. Diese Vertretungsregelung ist schriftlich zu treffen. Und zwischen Ihnen und den Eltern muss eine schriftliche Vereinbarung über die Medikamentenabgabe abgeschlossen werden, über welche die Schulleitung durch Vorlage der Vereinbarung zu informieren ist. Zu beachten ist noch, dass Sie bei einem Fehlverhalten, das grob fahrlässig oder gar vorsätzlich ist und durch das das Kind zu Schaden kommt, auch zur Haftung herangezogen werden können.

Im Notfall muss übrigens jeder tätig werden. Hier gilt es, den Notarzt zu rufen und Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen. Sollte dies nicht genügen, ist es im Notfall wichtig, dass in der Schule jeder genau weiß, was zu tun ist. Eine genaue Handlungsanweisung des behandelnden Arztes ist unerlässlich.

*RAIN Inka Schmidtchen,
Justiziarin VBE NRW*

Das Problem:

Die Elterngemeinschaft einer Grundschulklasse in einer recht wohlhabenden Gegend will einer Klassenlehrerin ein Notebook im Wert von 2.500 Euro zur Verfügung stellen. Ziel ist es, ein schnelleres und effizienteres Arbeiten zu ermöglichen. Darf sie annehmen?



Die Antwort:

Dies entspricht recht eindeutig dem Anschein eines persönlichen Vorteils und ist daher von der Lehrerin abzulehnen. Möglich ist eine elterliche Zuwendung an den Förderverein, um die Schule in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Grundsätzlich gilt in NRW der Erlass zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Da man aber nicht mit der sprichwörtlichen Kanone auf Spatzen schießen darf, wird dieser durch eine Handreichung des Schulministeriums flankiert. Demnach ist alles verboten, was den Anschein erweckt, die Lehrkraft sei für persönliche Vorteile empfänglich.

Vorsicht ist geboten bei folgenden Umständen:

- Die Möglichkeit, Gegenstände zu gebrauchen oder zu verbrauchen
- Die Überlassung von Gutscheinen (Vor einigen Jahren gab es den „Movieworld“-Fall. Hier hat von einem Freizeitpark jede Lehrkraft, die mit einer Klasse den Park besucht hat, Freitickets im Wert von über 100 Euro kostenlos bekommen. Aus diesem Vorgehen resultierten dann mehrere Hundert Strafverfahren gegen Lehrkräfte in NRW, die die Karten angenommen hatten.)
- Einkaufsmöglichkeiten zu Vorzugspreisen
- Zahlung von unverhältnismäßig hohen Vergütungen
- Einladungen mit Bewirtungen
- Kostenlose oder vergünstigte Gewährung von Unterkunft oder der Überlassung von Ferienwohnungen
- Einladung oder Mitnahme zu Informations-, Repräsentations- und Urlaubsreisen oder deren Bezahlung

Unsichere Lehrkräfte bitten zuvor um Zustimmung bei der dienst-vorgesetzten Stelle (Schulamt/Bezirksregierung), sodass der Straftatbestand nicht mehr greifen kann.

Die Handreichung des MSW enthält zudem einen Katalog von Fällen mit sogenannter stillschweigender Genehmigung durch den Dienstherrn. Ich empfehle daher Schulleitungen, die Handreichung im Kollegium zu erörtern und diese den Lehrkräften zugänglich zu machen.

*RA Martin Kieslinger,
Ltd. Justiziar VBE NRW*

Das Referat Tarifrecht: Wir setzen uns für Sie ein!

Der VBE hat ein Referat für Tarifrecht, dessen Aufgaben vielfältig sind. Denn mit der Entgeltordnung ist zwar der Einstieg in die Paralleltabelle geschafft, sie bietet jedoch noch genügend Gestaltungsspielraum nach oben. Neben diesem Schwerpunkt will das Referat auch weitere Belange der tarifbeschäftigten Lehrkräfte in den Blick nehmen. Deshalb sollen auch Bereiche des allgemeinen Dienstrechts sowie knifflige Fragen des Alltags von tarifbeschäftigten Lehrkräften die Arbeit des Referates prägen. Aktuell steht die Schulung von Referenten (siehe Infokasten) im Vordergrund, die ab Mai in allen Bezirken für gezielte Informationsveranstaltungen zur Entgeltordnung Lehrkräfte – insbesondere zu Fragen der Höhergruppierung und Angleichungszulage – zur Verfügung stehen.

Die Leitung des Referats hat Andrea Leroy übernommen. Sie ist Lehrerin in der Städteregion Aachen und verfügt über langjährige Erfahrungen in der Personalvertretung und der aktiven Verbandsarbeit, während dieser Zeit konnte sie viele praktische Qualifikationen im Bereich des Tarifrechts sammeln. Leroy übernimmt sowohl die Leitung des Referats als auch die Schulung der Referenten und sagt: „Wir wollen dem Tarifbereich vor Ort ein Gesicht geben und den tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen sowohl auf Landesebene als auch in den Bezirken kompetente Ansprechpartner zur Verfügung stellen.“

Ansprechpartner für Sie vor Ort sind außerdem die folgenden Referenten:

Detmold
Florian Sandmann, Förderschule

Düsseldorf
Martin Hermes, Realschule
Agnes Wagner, Förderschule
Regina Trampnau, Hauptschule

Köln
Sandra Zieße-Junghans, Grundschule
Klaus Köther, Gesamtschule
Tanja Küsgens, Grundschule

Münster
Marion Rebohle, Grundschule

Das Referat erreichen Sie unter:
a.leroy@vbe-nrw.de

Besetzungs-Referat Tarifrecht



Andrea Leroy

Leitung, Grundschullehrerin, Bezirk Köln

Mit der Entgeltordnung Lehrkräfte ist uns der Einstieg in die Paralleltabelle gelungen. Wir arbeiten für Sie weiter an der zeitnahen Fortschreibung der Entgeltordnung für Lehrkräfte!



Nora Pricking

Realschullehrerin, Bezirk Düsseldorf

Wir fordern die Neuauflage der Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte!



Dietmar Werner

Schulleiter, Bezirk Arnsberg

Wir fordern die Verbeamtung aller Lehrkräfte ohne Altersbegrenzung!



Daniel Peterhoff

Lehrer, Bezirk Köln

Wir fordern eine einheitliche Einstiegsbesoldung (A 13/EG 13) und gleiche Aufstiegs- und Beförderungschancen für alle Lehrämter!



Britta Rötter

Grundschullehrerin, Bezirk Detmold

Wir setzen uns ein für die Umsetzung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“!



Nicole Böddeker

Sozialpäd. Fachkraft in der Schuleingangsphase, Bezirk Münster

Wir fordern ein Ende der Befristungspraxis. Lehrkräfte sind der Erlasslage entsprechend nur in wirklichen Ausnahmefällen befristet zu beschäftigen!

Anzeige

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-0404041
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Junger VBE zur Frühjahrs- tagung in Königswinter

Anfang dieses Jahres fand die jährliche Tagung des Jungen VBE in Königswinter statt, zu der knapp 20 junge VBEler aus ganz NRW angereist waren. Freitags stand das Kennenlernen der Gruppe auf dem Programm, da neben den „alten Hasen“ auch noch zahlreiche neue Teilnehmer gekommen waren. Daniel Weber, Lehramtsstudent aus Solingen, führte dazu Übungen aus seiner erlebnispädagogischen Fortbildung durch. Gemeinsam wurden Probleme gelöst, sich geholfen, Tipps gegeben und vor allem: ganz viel gelacht.

Samstag stand dann inhaltlich eine Schulung zum Thema Kommunikation in Konfliktsituationen auf dem Programm. Hierzu referierte Rüdiger Soltyszeck (Fachanwalt für Arbeitsrecht und NLP-Trainer) und ließ die Teilnehmer einiges über die gewaltfreie Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg erfahren. Am Nachmittag besuchte der Landesvorsitzende des VBE NRW, Udo Beckmann, die Schulung. Es ist seit langem gute Tradition, dass der Junge VBE regelmäßig vom Landesvorsitzenden besucht wird, der einen engen Austausch mit dem Nachwuchs pflegt, und so freuten sich dann auch die Teilnehmer, was sich in einer regen Diskussion mit dem Vorsitzenden zeigte.

Abends stand ein Ausgleich zur Kopfarbeit auf dem Programm: Die Gruppe besuchte das Karnevalsschiff der dbb jugend, feierte kräftig und pflegte nebenbei noch Kontakte zu anderen Jugendverbänden des dbb.

Sonntags schließlich lernten die Teilnehmer von Carmen Schuhmacher (Schriftführung Junger VBE NRW) etwas über Entspannungstechniken, die wohl jeder in unserem stressigen Beruf gut gebrauchen kann. Nach einem ausgiebigen Mittagessen endete die Tagung.

Der Landesverband des Jungen VBE bietet regelmäßig Schulungen für interessierte Lehrkräfte an, die gerne den (Jungen) VBE unterstützen möchten oder bereits aktiv vor Ort mitarbeiten. Ziel dieser Schulungen ist es, Lehrerinnen und Lehrer mit ihren Aufgaben vor Ort nicht alleine zu lassen, sondern ein starkes Netzwerk zu bilden, um sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen. Die nächste Schulung des Jungen VBE wird im September in Dortmund stattfinden.

Ansprechpartner: Matthias Kürten (m.kuerten@vbe-nrw.de)



Junge und alte Mitglieder des Jungen VBE trafen sich auf der Tagung.

Politiker Speed Dating: Zu Gast bei den JuLis in Duisburg

Regelmäßig trifft sich der Junge VBE mit dem Nachwuchs der im Landtag vertretenen Parteien zum Austausch, und so nahm die Landessprechergruppe des Jungen VBE die Einladung von Moritz Körner (Landesvorsitzender der Jungen Liberalen) gerne an, sich in der Jugendherberge Duisburg zum Politiker-Speed-Dating zu treffen.

Den Liberalen war es bei dieser Veranstaltung wichtig, mit ihren Ideen nicht „im eigenen Saft zu schmoren“, sondern ihre Vorstellungen und Inhalte mit anderen Verbänden zu diskutieren, Meinungen zu hinterfragen und neue Anregungen mitzunehmen. Matthias Kürten (Landessprecher des Jungen VBE) hatte eine Menge Ideen im Gepäck, z. B. wie man die Rahmenbedingungen für Lehrkräfte verbessern könnte und wie Lehrkräfte zukünftig bezahlt und entlastet werden könnten, damit der Beruf endlich wieder an Attraktivität gewinnt. Viele Ideen stießen auf breite Zustimmung, andere wurden kontrovers diskutiert; unterm Strich waren sich aber alle einig: Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif und hier besteht noch Handlungsbedarf. Der Austausch von JuLis und Jungen VBE wird auch im laufenden Jahr fortgesetzt werden.



Ideenaustausch: Der JuLi-Vorsitzende Körner hatte den Sprecher des Jungen-VBE Matthias Kürten eingeladen.

Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.

Für mich: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Einsatz auf internationalem Parkett: VBE will Professionalisierung von Lehrkräften voranbringen

Internationaler Bildungsgipfel ISTP tagte am 3. und 4. März 2016 in Berlin



v.l.n.r.

Bundesschatzmeister Gerhard Brand,
stellv. Bundesvorsitzende
Geschäftsbereich Internationales
Gitta Franke-Zöllmer,
Bundesvorsitzender Udo Beckmann,
1. stellv. Bundesvorsitzender Rolf Busch

Am 3. und 4. März fand in Berlin der 6. Internationale Gipfel zum Lehrerberuf ISTP statt. Nach den Gipfeln in den USA, den Niederlanden, Kanada und Neuseeland kamen auf Einladung von OECD, Education International EI und KMK Bildungsminister und Vorstände der Bildungsgewerkschaften aus 23 Staaten nach Deutschland. Der VBE als EI-Mitgliedsorganisation war einer der nationalen Gastgeber. VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann gehörte der deutschen Delegation an. Weitere 16 Mitglieder des VBE verfolgten das Kongressgeschehen.

Im Mittelpunkt des ISTP 2016 stand die „Professionalisierung von Lehrkräften: Voraussetzungen für gute Unterrichtsqualität und beste Lernergebnisse“. Die Bildungsinternationale EI befürwortete den Vorschlag in der TALIS-Studie der OECD, Lehrkräften einen Anspruch auf Fortbildung während des gesamten Berufslebens zu sichern. Einigkeit bestand darüber, in die Konzipierung von Lehrerfort- und -weiterbildung stärker als bisher die schulische Praxis einzubeziehen und die Expertise der Gewerkschaften mehr zu nutzen. EI-Generalsekretär Fred van Leeuwen stellte klar: „Die Lehrgewerkschaften können in Zusammenarbeit mit den Regierungen Verbesserungen im Bildungsbereich bewirken. Notwendig dafür ist ein fortdauernder Prozess.“

Bundesvorsitzender Udo Beckmann bilanzierte am Ende des ISTP: „Der Summit in Berlin hat unmissverständlich klargestellt: Auf die Lehrerinnen und Lehrer kommt es an. Für den Umgang mit stark heterogenen Lerngruppen, schulischer Inklusion, Beschulung von Flüchtlingskindern müssen in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung dringend weitere Angebote entwickelt werden, die auf der engen Verknüpfung von Schulpraxis und Erziehungswissenschaften fußen.“

Der nächste ISTP wird in Schottland stattfinden. Die britische Regierung gab noch während des Berliner Gipfels grünes Licht.

ISTP 2016 – vereinbarte Ziele der deutschen Delegation:

1. Professionalität von Lehrkräften durch fundierte bildungswissenschaftliche und fachliche Aus-, Fort- und Weiterbildung mit dem Fokus auf „Umgang mit Diversität“ stärken.
2. Politik und Gewerkschaften unterstützen die Kompetenzentwicklung von Lehrkräften.
3. Herausforderungen und Chancen beim Thema „Bildung in der digitalen Welt“ annehmen und aktiv gestalten.

Schulleitung braucht deutlich bessere Gelingensbedingungen

Auma Obama, Schwester des amerikanischen Präsidenten, ermutigte die Schulleiter auf dem Deutschen Schulleiterkongress (DSLK) dazu, die Eigenverantwortung der Kinder zu stärken und sie ihre eigenen Vorstellungen entwickeln und umsetzen zu lassen. Ein kraftvoller Appell zum Beginn des vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) und dem Informationsdienstleister Wolters Kluwer ausgerichteten Kongresses. Dieser fand vom 4. bis 6. März 2016 im Congress Center Düsseldorf statt und stand unter der

Schirmherrschaft der Kultusministerkonferenz. An 75 Veranstaltungen beteiligten sich rund 2000 Teilnehmer aus allen Bundesländern, Italien, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und Argentinien.



Auma Obama



Rednerin war unter anderem Rita Süßmuth, Professorin für Erziehungswissenschaften und langjährige Bundestagspräsidentin, die den Appell an die Politik richtete, weniger zu regulieren. Dies unterstrich auch der Philosoph Richard David Precht in einer Diskussionsrunde zum Thema Inklusion: „Ich erwarte nicht, dass die Kultusministerien alle Reformideen umsetzen, die Experten haben. Ich fordere die Landesregierungen jedoch dazu auf, den Schulen mehr Freiräume und Macht zu geben, um die Schulen selbst umzubauen“. Fred Ziebarth, Lehrer und bis zu seinem Ruhestand pädagogischer Koordinator an der ältesten Integrationsschule Deutschlands, stellte außerdem fest: „Eine inklusive Schule braucht Veränderungen der didaktischen Prinzipien.“

Um den Schulleitermangel zu bekämpfen, wurden von einer Expertengruppe in NRW Empfehlungen erarbeitet. Im Vorfeld des DSLK hatten diese rund 450 der Teilnehmer in einer Umfrage bewertet. Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des VBE NRW, stellte die Ergebnisse vor. „Die Forderungen lauten: ‚Mehr Gehalt, aufgabengerechte Leitungszeit und berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung‘“, so Beckmann. Er mahnte eine schnelle Lösung an, da in NRW 2000 Schulleitungsstellen unbesetzt sind. Damit stehe NRW exemplarisch für ein bundesweites Problem. Der nächste Deutsche Schulleiterkongress findet vom 23. bis 25. März 2017 in Düsseldorf statt. Die Anmeldung ist ab sofort möglich. Informationen und das Programm finden Sie unter: www.deutscher-schulleiterkongress.de.

„Inklusion ist nicht kostenneutral zu haben“

„Gelingende Inklusion braucht Praxisorientierung. Entscheidungen aus dem Elfenbeinturm helfen niemandem“, verdeutlichte Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender, in der Eröffnungsdiskussion der Frühjahrstagung des Deutschen Lehrertags am 17. März 2016. Zusammen mit der CDU-Politikerin und sächsischen Landtagsabgeordneten, Iris Firmenich, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verband Bildungsmedien e. V., Wolf-Rüdiger Feldmann, diskutierte er: „Macht Inklusion Schule?“. Den Einwand Iris Firmenichs, die Länder könnten sich eine Doppelbesetzung nicht leisten, erwiderte Beckmann: „Inklusion kann nur gelingen, wenn von der Politik eine solide finanzielle Ausstattung, qualifiziertes Personal und ein darauf abgestimmter Schulbau gewährleistet wird.“

Der Hauptreferent, Prof. Dr. Uwe Becker, prangerte an, dass die erfahrungsgestützte Kritik der Lehrer bagatellisiert werde. Die Unterstellung, dass sie sich der Umsetzung von Inklusion entgegenstellen würden, werde u.a. von der vom VBE in Auftrag gegebenen repräsentativen Forsa-Lehrerbefragung zur Berufszufriedenheit entkräftet. „Der konstruktive Wille, Inklusion umzusetzen, drückt sich aus im Wunsch nach Doppelbesetzung, Supervision und multiprofessionellen Teams“, unterstrich Becker. Auf dem von VBM und VBE in Kooperation mit dem Sächsischen Lehrerverband SLV im VBE, dem Thüringer Lehrerverband tlv und dem VBE Sachsen-Anhalt veranstalteten Fortbildungstag standen im Anschluss 29 Workshops in drei Workshoprunden aus einem breiten Themenspektrum zur Auswahl. Zum Abschluss konnten die Teilnehmer noch die Leipziger Buchmesse besuchen.



v.l.n.r., Wolf-Rüdiger-Feldmann, Iris Firmenich, Udo Beckmann, Stefan Quasebarth



Prof. Dr. Uwe Becker bei seinem Hauptvortrag

Die Herbsttagung des Deutschen Lehrertags findet am Freitag, dem 18. November 2016, im Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund statt. Auch dort wird es wieder um die großen Themen der Bildung gehen: Inklusion, Integration und digitale Schule.

VBE fordert zum Equal Pay Day höhere Eingruppierung für Grundschullehrkräfte

Anlässlich des Equal Pay Day am 19. März 2016 kritisierten der VBE-Bundesvorsitzende, Udo Beckmann, und die Bundessprecherin der VBE-Frauenvertretung, Jutta Endrusch, dass Grundschullehrerinnen noch immer strukturell benachteiligt werden. Die Lehrkräfte an Grundschulen sind zu knapp 90 Prozent Frauen. Da die Eingruppierung von Beschäftigten dieses Schultyps in eine niedrigere Besoldungsgruppe als für Lehrkräfte anderer Schultypen erfolgt, entstehen Einkommensunterschiede von bis zu 500 Euro. „Diese strukturelle Benachteiligung manifestiert ungerechtfertigte Unterschiede. Wir fordern weiterhin und mit Nachdruck gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit“, betont Beckmann. Mit Blick auf die hohe Zahl Teilzeitbeschäftigter ergänzt die Bundessprecherin der VBE-Frauenvertretung: „In den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen muss ein Titel für die Kinderbetreuung eingerichtet werden, damit vielfältige und flexible Betreuungsmöglichkeiten angeboten werden können. Außerdem darf Teilzeitbeschäftigung nicht länger zur Kürzung von Anrechnungszeiten bei der Berechnung von Renten und Pensionen führen.“

Kooperation europaweit wichtigster Faktor zur Stressprävention

ETUCE (Europäisches Gewerkschaftskomitee für Bildung und Wissenschaft) und EFEE (Europäischer Arbeitgeberverband im Bildungssektor) haben Mitte 2015 in Finnland, Rumänien, Belgien und Deutschland Fallstudien zur Prävention von psychosozialen Risiken und Stress am Arbeitsplatz an Sekundarschulen durchgeführt. Ihr Ergebnis: Die Stressfaktoren sind länderspezifisch, die Handlungsempfehlungen ähnlich. In Rumänien machen den Lehrkräften „Papierkrieg“ und umfangreiche Lehrpläne zu schaffen, in Finnland das Arbeitspensum und hohe Ansprüche. In Deutschland verursachen außerschulische Aufgaben, die Übernahme inklusiver Klassen ohne Weiterbildung und fehlende Unterstützung Stress. Präventionsmaßnahmen sind überall die Kooperation im Lehrerzimmer, die Bereitstellung der dafür benötigten Zeit und kleine Lerngruppen durch zusätzliches Personal.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 23/24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE



Politik braucht Praxisblick – damit Inklusion Schule macht

Unter dem Motto „Macht Inklusion Schule?“ fand die Frühjahrstagung des Deutschen Lehrertages 2016 am 17. März 2016 im Leipziger Kongresszentrum CCL statt. Diesmal hatten sich knapp 1.000 Teilnehmer zu dem größten bundesweiten Weiterbildungstag für Lehrkräfte aller Schulstufen angemeldet. Ausgerichtet wurde die Tagung vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) und dem Verband Bildungsmedien (VBM), in Kooperation mit dem Sächsischen Lehrerverband (SLV) im VBE, dem thüringer lehrerverband (tlv) und dem VBE Sachsen-Anhalt.

Ein Gong ertönte, die Stunde begann. Moderator Steffen Quasebarth, einigen aus dem Publikum vom MDR Thüringen Journal bekannt, schlüpfte in die Rolle des Lehrers und begrüßte die Anwesenden. Meier, Schmidt und Müller waren pünktlich zum „Unterricht“ erschienen und meldeten sich auf Nachfrage – ein Evergreen, der gut ankam. Zum Test aufgerufen wurden dann die Politikerin Iris Firmenich, Mitglied in der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag und Mitglied des Ausschusses für Schule und Sport, der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann und der stellvertretende Vorsitzende des Verband Bildungsmedien e. V., Wolf-Rüdiger Feldmann.

Die lebhafteste Diskussion wurde von Firmenich eingeleitet. Sie sei zwar mit dem Stand der Inklusion nicht zufrieden, aber Inklusion sei eben kein Mittel zum Sparen und eine schrittweise Umsetzung müsse daher auf einem ausgeglichenen Haushalt basieren. Auf die Forderung Beckmanns, eine Doppelbesetzung in allen inklusiven Klassen einzusetzen, reagierte Firmenich nur mit einem knappen „Wir können uns das nicht leisten“. Der VBE-Bundesvorsitzende erwiderte, dass es zwar Vorgabe der Politik sei, Inklusion in den Schulen umzusetzen – aber ohne entsprechende finanzielle Ausstattung, qualifiziertes Personal und darauf abgestimmten Schulbau könne Inklusion nicht gelingen. Beckmann mahnte: „Die Politik darf die Schulen weder mit leeren Versprechungen hinhalten noch mit überstürzten Forderungen belasten. Gelingende Inklusion braucht Praxisorientierung. Entscheidungen aus dem Elfenbeinturm helfen niemandem.“ Das Publikum tobte, Applaus erfüllte den Saal.



„Raus aus dem Elfenbeinturm“, forderte Beckmann.

Zum Abschluss der Diskussion stellte der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes Bildungsmedien fest, dass Deutschland noch immer hinterherhinken bei den Ausgaben für Bildung. Mit Bildungsausgaben in Höhe von 5,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes belegen wir weltweit nur Platz 74. Feldmann sprach sich dafür aus, dass für gelingende Inklusion die Rahmenbedingungen verändert werden müssten.

„Ich habe mich natürlich gefragt, weshalb Sie mich eingeladen haben – einen evangelischen Pfarrer. Ist es wirklich schon Zeit für seelischen Beistand bei dem Thema Inklusion?“, fragte Prof. Dr. Uwe Becker keck in das Publikum. Natürlich nicht. Oder: nicht nur. Der Autor des Buches „Die Inklusionslücke“ machte in seinem Vortrag deutlich, wie die momentane Problemlage ist. Er prangerte an, dass die erfahrungsgestützte Kritik der Lehrer bagatellisiert werde und ihnen unterstellt werde, dass sie sich der Umsetzung von Inklusion entgegenstellen würden. Dass dem nicht so ist, zeige nicht zuletzt die vom VBE in Auftrag gegebene repräsentative Forsa-Lehrerbefragung zur Berufszufriedenheit von Lehrkräften, welche im Februar 2016 veröffentlicht wurde. „Der konstruktive Wille, Inklusion umzusetzen, drückt sich aus im Wunsch nach Doppelbesetzung, Supervision und dem Arbeiten in multi-professionellen Teams“, fasste Becker zusammen.



Becker wünscht sich Schule für alle

Als Vater sieht Becker noch ein ganz anderes Problem. Inklusion sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, betonen auch viele Eltern. Allerdings nur, bis das eigene Kind in eine inklusive Klasse gehen soll. Dann stehe schnell die Frage im Raum, ob die individuelle Förderung noch gewährleistet werden könne. Dieses „Klima der Intoleranz“ sei Ausdruck unsolidarischer Haltung vieler Eltern.

Dabei stellte Becker jedoch gleichzeitig klar, dass Inklusion nicht falsch verstanden werden dürfe. Die Teilnahme an der Regelbeschulung sei nicht automatisch Inklusion, der Besuch einer Förderschule nicht automatisch Exklusion. Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht wurde zwar das Recht, eine Regelschule zu besuchen, verbrieft, nicht aber die Pflicht. „Es ist borniert, die Entscheidung für die Förderschule als Exklusionsentscheidung zu etikettieren“, mahnte Becker. Er hoffe, dass sich das Denken durchsetzt, dass Inklusion nicht mit der Fortsetzung des bisherigen Regelschulsystems umgesetzt werden könne.

„Nur aus Vielfalt wächst Neues“, sagte Becker und entließ die Teilnehmer mit dem Bild einer „Schule für alle“ in den Tag.

Nach der Mittagspause gab es insgesamt drei Workshoprunden. Es standen 29 Workshops zur Auswahl, aus denen sich die Teilnehmer bereits im Vorfeld ein individuelles Fortbildungsprogramm zusammengestellt hatten. Die Themenauswahl war breit gefächert und reichte von Erfolgserlebnissen im Lateinunterricht über die individuelle Förderung durch selbst erstellte digitale Bücher bis zur Wortschatzarbeit im Fremdsprachenunterricht. Allen gemeinsam war die klare Praxisorientierung am Schulalltag der Lehrkräfte.



Diskussion: Feldmann, Firmenich und Beckmann.

Messebesuch inklusive

Die Frühjahrstagung fand nun schon zum dritten Mal im Rahmen des Programms „Fokus Bildung“ der Leipziger Buchmesse statt. Mit dem Eintrittsticket zum Deutschen Lehrertag konnten die Teilnehmer anschließend noch auf der Messe verweilen, sich die neuesten Technologien ansehen, aber auch ganz klassisch in Büchern schmökern. Einige von ihnen fanden auch den Weg in Halle 2. Hier lag der Fokus auf Kinder- und Schulbüchern. Auch der Verband Bildungsmedien und der Verband Bildung und Erziehung waren dort mit Ständen vertreten. Der VBE-Stand wurde gemeinsam von den Landesverbänden aus Sachsen (SLV im VBE), Sachsen-Anhalt (VBE Sachsen-Anhalt) und Thüringen (tlv) betreut und erfreute sich großer Beliebtheit. Ein voller Erfolg für die Veranstalter und Kooperationspartner. Und natürlich ein guter Tag für die Teilnehmer, die reichlich neue Impulse für ihre tägliche Arbeit mitnehmen konnten.

Die Herbsttagung des Deutschen Lehrertages findet am Freitag, dem 18. November 2016, im Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund statt. Auch dort wird es wieder um die großen Themen der Bildung 2016 gehen: Inklusion, Integration und digitale Schule.

Mira Futász



V. l. n. r.: Fred Ziebarth, Lehrer und bis zu seinem Ruhestand pädagogischer Koordinator an der Fläming-Grundschule in Berlin; Uwe Becker, Autor des Buches „Die Inklusionslüge“; Richard David Precht, Bestsellerautor und Philosoph; Christian Geyer-Hindemith, FAZ-Feuilletonist; Elmar Thomassek, Moderator.

Schulleiterkongress: Experten fordern mehr Freiräume für Schulen

Wie man seinen Schweinehund überwindet und welche Reformen Schulen brauchen – Der Schulleiterkongress 2016 lieferte ein breit gefächertes Programm.

Der Kongress startete mit einem kraftvollen Appell von Hauptrednerin Auma Obama. „Entwicklungshilfe ist nicht nachhaltig“, konstatierte sie und plädierte für stärkere Eigenverantwortung des Einzelnen. Die kenianische Germanistin und Schwester des amerikanischen Präsidenten ist Vorsitzende der Sauti Kuu („Starke Stimmen“) Foundation. Die Stiftung unterstützt benachteiligte Kinder und Jugendliche. Die Schulleiter forderte sie auf, jedes Kind als Individuum zu betrachten und Afrikaner nicht nur als Opfer. Sie riet, Kindern beizubringen, sich auch mal von Plan A – nach ihrer Definition handelt es sich dabei um Erwartungen von anderen – zu emanzipieren und einen Plan B – also ganz eigene Vorstellungen – im Kopf zu haben und umzusetzen.

Im Anschluss bot der Kongress die Qual der Wahl. Zur Auswahl standen insgesamt 100 Referenten. In den Veranstaltungen wurden vor allem drei Themen immer wieder aufgegriffen: die zunehmende Heterogenität in den Klassen und die damit zusammenhängende Inklusion und Integration von Flüchtlingskindern. Rita Süßmuth, Professorin für Erziehungswissenschaften und langjährige Bundestagspräsidentin, betonte, dass das Lernen mit- und voneinander verstärkt werden müsse. An die Politik appellierte die ehemalige Bundesfamilienministerin, weniger zu regulieren: „Je mehr Regulierung, je mehr Lähmung.“ Damit fand sie sich in guter Gesellschaft. Auch Bestsellerautor und Philosoph Richard David Precht sagt in einer Diskussionsrunde zum Thema Inklusion: „Ich erwarte nicht, dass die Kultusministerien alle Reformideen umsetzen, die Experten haben. Selbst wenn sie es wollten, würden Sie es nicht schaffen. Ich fordere die Landesregierungen jedoch dazu auf, den Schulen mehr Freiräume und Macht zu geben, um die Schulen selbst umzubauen.“

Deutscher Schulleiterkongress 2016 – Schulen gehen in Führung

Der Deutsche Schulleiterkongress (DSLK) fand in diesem Jahr zum fünften Mal statt und stand unter der Schirmherrschaft der Kultusministerkonferenz. Der vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) und dem Informationsdienstleister Wolters Kluwer ausgerichtete Kongress fand vom 4. bis 6. März 2016 im Congress Center Düsseldorf statt. An den sieben Pre-Workshops, zwölf Hauptvorträgen und 55 Praxisforen beteiligten sich rund 2.000 Teilnehmer aus allen Bundesländern, Italien, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz und sogar aus der Ukraine und Argentinien. Zwei Drittel von ihnen kamen mindestens zum zweiten Mal.

Die Schulen sind, nach Ansicht Prechts, reformbedürftig, denn „wir erwarten zwei Dinge von unserem Schulsystem, für die es nicht gemacht worden ist: Das eine ist Inklusion und das andere Integration. Wenn Sie aus einer türkischen Familie kommen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass Sie später studieren, äußerst gering. Und jetzt kommen noch eine Million Flüchtlinge mit ihren Kindern dazu, die kein Wort Deutsch sprechen. Das kann unser Schulsystem nicht verarbeiten. Ich kann Anna-Louisa aus gutem Hause nicht mit dem gleichen Maßstab bewerten wie ein Kind, das vielleicht kriegstraumatisiert ist und kein Deutsch spricht. Das gleiche gilt für die Inklusion. Wenn ein Kind zur Schule kommt, das geistige Beeinträchtigungen hat, kann man nicht den gleichen Unterricht machen wie für ein Kind, das keine Beeinträchtigungen hat. Deshalb ist Inklusion beim gegenwärtigen Schulsystem reiner Blödsinn. Und ich verstehe die ganzen Lehrer, mit denen ich spreche, die sagen, sie seien völlig überfordert.“ Damit traf er einen Nerv bei den Zuhörern.

In dieselbe Kerbe hieb Professor Uwe Becker, Autor des Buches „die Inklusionslüge“. Er forderte, Sonderpädagogen generell als Koedukatoren einzusetzen. Auf dem Podium saß auch ein Praktiker. Fred Ziebarth, Lehrer und bis zu seinem Ruhestand pädagogischer Koor-

dinator an der Fläming-Grundschule in Berlin, der ältesten Integrations- und Inklusionsschule Deutschlands, war etwas optimistischer. Das deutsche Schulsystem könne Integration, es brauche dafür jedoch andere Grundlagen. Ziebarth sagte: „Eine inklusive Schule braucht Veränderungen der didaktischen Prinzipien und sonderpädagogisches Wissen sowie Wissen zum Umgang mit Störungen von Kindern mit seelischen Verletzungen.“ Auch er sah das Rezept für gelingende Inklusion in der Zusammenarbeit von Pädagogen, Sonderpädagogen und Schulpsychologen. Den Gegenpol bildete Gesprächspartner Christian Geyer-Hindemith, FAZ-Feuilletonist. Er provozierte mit der Ansicht, „Inklusion sei egalitäres Wünschen“. Es könne eben nicht jeder alles und dabei sein sei nicht alles.

Vorschläge gegen Schulleitermangel

Überforderung ist das eine, Personalmangel das andere Thema, das Schulleitungen umtreibt. Im Vorfeld des DSLK hatten rund 450 Teilnehmer an einer Online-Umfrage teilgenommen. Sie bewerteten verschiedene Empfehlungen zur Behebung des Schulleitermangels einer Expertengruppe, deren Text dem nordrhein-westfälischen Landtag aktuell zur Entscheidung vorliegt. Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender und Vorsitzender des VBE NRW, stellte die Ergebnisse am Kongressfreitag vor. „Die Forderungen lauten: ‚Mehr Gehalt, mehr Teamarbeit und mehr Zeit‘“, so Beckmann. Laut der Umfrage halten es 81 Prozent der Befragten für sehr wichtig, dass jede Schule eine Mindestleitungszeit von 16 Stunden erhält. 75 Prozent der Schulleiter halten es außerdem für sehr wichtig, dass alle Direktoren an Grund- und Hauptschulen nach A 14, alle Konrektoren nach A 13 bezahlt werden. Zurzeit werden Schulleitungen dieser Schulformen wie Berufsanfänger am Gymnasium entlohnt. Für sehr wichtig halten ebenfalls 71 Prozent der Befragten, dass jede Grund- und Hauptschule einen Konrektor bekommt. Der Bundesvorsitzende mahnte eine schnelle Lösung an, denn: „Insgesamt fehlen rund 2.000 Schulleitungen bzw. ihre Stellvertretungen in NRW. Das Bundesland steht damit exemplarisch für ein bundesweites Problem.“



VBE-Chef Udo Beckmann, Referentin Auma Obama und Wolters-Kluwer-Geschäftsführer Michael Gloss (Mitveranstalter).

„Schweinehund-Angelegenheiten haben Vorfahrt“

Neben der Diskussion von Rahmenbedingungen lieferte der Kongress immer wieder auch Unterstützung auf individueller Ebene. Coach und Unternehmer Dr. Marco Freiherr von Münchhausen referierte etwa zum Thema „Work-Life-Balance“. Weniger Herausforderung und geringer Einsatz von Fähigkeiten führe zu Unterforderung, zu hohe Anforderungen zu Burnout. Er gab den Anwesenden drei essenzielle Tipps für die Einführung neuer Lebensgewohnheiten mit auf den Weg: „Erstens: Schweinehund-Angelegenheiten haben Vorfahrt, Zweitens: Gestalten Sie den Anfang so einfach wie möglich und Drittens: Keine Ausnahmen!“

Schweigen ist Silber

Wie gibt man Rückmeldung? Immer, egal, ob Sie es wollen oder nicht! Selbst Schweigen ist Zustimmung, warnte Philipp Karch im Praxisforum zu „Feedback – die Königin der Kommunikation“. Immer wenn sich Bedürfnisse von Beteiligten unterscheiden, kann es zu Konflikten kommen. Hier gäbe es nur drei Möglichkeiten zu reagieren: Unterwerfung, Flucht oder eben Konfrontation. Karch ermutigte die Schulleiter dazu, offen und verbal Feedback zu geben.

Immer wieder Streit um den Frontalunterricht

Kaum etwas ist in der Fachwelt so umstritten wie der Frontalunterricht. Jüngst hieß es wieder, er sei die wirksamste Unterrichtsform. Der Hamburger Professor Peter Struck ist anderer Ansicht. Wenn internationale Vergleichsstudien zu diesem Befund kommen, sei das nicht verwunderlich, da die meisten Länder, die in den Studien untersucht werden, Frontalunterricht praktizieren. Es sei eben die am häufigsten untersuchte Unterrichtsform. Struck hält andere Lernformen daneben für sinnvoller und empfiehlt vor allem die folgenden Methoden: Schüler lernen von Schülern, jahrgangsübergreifende Lernfamilien, Partnerarbeit, Freiarbeit im eigenen Tempo und individuelles Arbeiten mit digitalen Medien.

Anne Röwer

Der nächste Deutsche Schulleiterkongress findet vom 23. bis 25. März 2017 in Düsseldorf statt. Die Anmeldung ist ab sofort möglich. Informationen und das Programm finden Sie unter: www.deutscher-schulleiterkongress.de.



Waren als Bundesvorstandsmitglieder auf dem Gipfel: Gerhard Brand, Udo Beckmann, Rolf Busch sowie die stellvertretende Bundesvorsitzende, zuständig für Internationales Gitta Franke-Zöllner.

Am 3. und 4. März fand in Berlin der 6. Internationale Gipfel zum Lehrerberuf International Summit on the Teaching Profession (ISTP) statt. Auf Einladung von OECD, Education International (EI) und Kultusministerkonferenz (KMK) kamen Bildungsminister und Vorstände der Bildungsgewerkschaften aus 23 Staaten nach Deutschland. Der VBE als EI-Mitgliedsorganisation war einer der nationalen Gastgeber.

Nur jede zehnte Bildungsreform der OECD-Mitgliedsländer wird von den Regierungen mit klaren Zielen und dem Versuch einer Rechenschaft über deren Umsetzung auf den Weg gebracht, sagte OECD-Bildungsdirektor und „PISA-Erfinders“ Andreas Schleicher in der Eröffnungsrunde des ISTP in Berlin. Er empfahl den verantwortlichen Ministern, eine Reform erst auf den Weg zu bringen, wenn deren Umsetzung klar sei, wenn es Regeln für eine institutionalisierte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Regierung gebe und wenn es entsprechende Ressourcen gebe. Auch benötige eine Reform Zeit, um zu wirken. Und „Veränderungen scheitern, wenn nicht genügend in Lehrerinnen und Lehrer investiert wird.“ Diese Annahmen bestätigte auch die Ende Februar vom VBE vorgestellte repräsentative Lehrerbefragung zur Berufszufriedenheit. Als Belastungsfaktor Nr. 1 sehen die Lehrkräfte demnach die Ignoranz der Politik an. 85 Prozent der Befragten gaben an, dass Politiker bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht ausreichend beachten.

An der Notwendigkeit eines intensiven Dialogs zwischen Regierungen und Bildungsgewerkschaften kam während des zweitägigen Gipfels kein Zweifel auf. Nicht überraschend zeigten sich allerdings unterschiedliche Ansätze, wie ein solcher Dialog gestaltet werden soll. Für den VBE betonte der Bundesvorsitzende Udo Beckmann, der Dialog auf Augenhöhe könne ein wichtiges Instrument sein, um Rahmenbedingungen für die Qualität von Schule zu entwickeln.

Lehrerbildung im Fokus

Die EI kritisierte, dass auf vergangenen Gipfeln stets die berufliche Entwicklung der Lehrkräfte betont worden sei, doch falle „die Finanzierung der beruflichen Entwicklung von Lehrkräften Budgetkürzungen zu oft als erstes zum Opfer“. Die EI befürwortete daher den

Internationaler Gipfel:

Schulminister versprechen, Lehrerverbände besser einzubinden

Vorschlag der OECD, Lehrerinnen und Lehrern einen Anspruch auf Fortbildung während des gesamten Berufslebens zu sichern. Auch in der „Zufriedenheitsbefragung“ des VBE bemängelten die Befragten das Missverhältnis zwischen gewünschter und tatsächlich angebotener Fortbildung.

Im Ergebnis knüpften KMK, VBE und GEW an die 2015 gesetzten Schwerpunkte an und verständigten sich auf die Notwendigkeit fundierter bildungswissenschaftlicher und fachlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung. In dem gemeinsamen Abschlussdokument heißt es: „Ein besonderer Fokus richtet sich dabei auf den gelingenden Umgang mit Diversität, der angesichts der Herausforderungen von Integration, Inklusion und Begabungsförderung im Schullalltag schon heute zu meistern ist.“ Auch bekennen sich die Länder zu ihrer Verantwortung für die Lehrerbildung. Zweitens sollen „im Austausch mit den Gewerkschaften die Ergebnisse der Bildungsberichtserstattung genutzt werden, um die Maßnahmen zur Qualitätssicherung so weiter zu entwickeln, damit sie den Schulen helfen, Lernprozesse systemisch zu verbessern“. Drittens wurde vereinbart, dass die KMK zum Thema „Bildung in der digitalen Welt“ eine Strategie zur Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung unter Beteiligung der Lehrergewerkschaften entwickelt. Beckmann bilanzierte am Ende des ISTP: „Der Summit in Berlin hat unmissverständlich klargestellt: Bildungsreformen müssen von der Politik auf die professionelle Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer ausgerichtet werden. Für den Umgang mit stark heterogenen Lerngruppen, schulischer Inklusion, Beschulung von Flüchtlingskindern müssen in der Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung dringend weitere Angebote entwickelt werden, die auf der engen Verknüpfung von Schulpraxis und Erziehungswissenschaften fußen.“

Der nächste ISTP wird in Schottland stattfinden. Die britische Regierung gab noch während des Berliner Gipfels grünes Licht.

Mira Futász

Unsere Jugendzeitschriften



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die meisten Eltern wünschen sich, dass Kinder nicht nur gerne lesen lernen, sondern auch zu Lesern werden. Bei vielen Schülerinnen und Schülern lassen FLOHKISTE/floh! genau den Funken überspringen, der den Lese-Ehrgeiz entfacht: Die Kinder finden Texte und Bilder, die sie interessieren und herausfordern. Sie freuen sich auf jedes neue Heft – so entsteht die Lust am Lesen, und zwar dauerhaft!

Verena Schmidt,
Lehrerin, pädagogische Schriftleiterin für NRW

FLOHKISTE für die 1. und 2. Klasse

mit didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!



Nr. 11 (erscheint am 25. April):

Die Obstbäume blühen!

Die Kirsche ist als erste dran, aber bald summt es auch in den

anderen Obstbäumen. Nur durch die Bienen als fleißige Bestäuber entwickeln sich aus den Blüten so viele Früchte.



Nr. 12 (erscheint am 9. Mai):

Wo kommt die Milch her? *

Wer liefert uns das Frühstücksei und das Wiener

Würstchen? Was täten wir bloß ohne unsere Nutztiere?!

floh! für die 3. und 4. Klasse

mit didaktischen Handreichungen zu jedem Heft!



Nr. 11 (erscheint am 25. April):

Typisch Junge? Typisch Mädchen?

So wurde lange Zeit gedacht. Aber es gibt keine

„Männersachen“ oder „Frauensachen“, sondern nur Vorurteile, die zum Glück längst schon überholt sind.



Nr. 12 (erscheint am 9. Mai):

Wenn die Nase läuft ... */**

... kann das eine Erkältung oder eine allergische Re-

aktion sein. Krankmacher sind überall, aber zum Glück können wir selbst viel tun, um trotzdem gesund zu bleiben.

*) mit  Lesefitness

**) neu: mit  FLOH-Rechtschreib-Fitness

Unsere Jugendzeitschriften können Sie online oder per Fax unter www.domino-verlag.de (entsprechendes Fax-Formular ist abrufbar!) bestellen.

O!KAY! – die Englischzeitschrift vom FLOH

Go on with English



April:
Spring

Endlich ist der Frühling da! In der April-Ausgabe lernen die Kinder dazu die *New words* March, April, May, flower, grass, grow, butterfly und caterpillar kennen.



Mai:
Clothes

Was ziehe ich heute an? Jeans, T-Shirt, einen Rock? Welche Schuhe dazu? In der Mai-Ausgabe zum Thema „Clothes“ mit den *New words* put on, take off, wear, jeans, T-shirt, sweat-shirt, skirt und shoes.

ich TU WAS! – die Mitmach-Zeitschrift für Naturforscher



ich TU WAS! ...
im April

Lügendgeschichten

Am 1. April darf man seine Mitmenschen ganz offiziell anlügen und „in den April schicken“. Wer lügt, bekommt zum Glück keine Lügennase. Übrigens sind auch Tiere und Pflanzen Meister im Lügen.



ich TU WAS! ...
im Mai

Alle Vögel sind schon da

Jeden Morgen weckt uns in diesem Monat ein Vogelkonzert.

Die Singvögel sind im Stress: Revier abgrenzen, Bauplätze finden, Nest bauen, Eier legen, brüten, Junge großziehen.

Ein kostenloses Probeheft können Sie online anfordern unter www.floh.de/probehefte_lehrer

Herausforderung Integration

Wie kann sie gelingen?

Kontroverse Debatte im Plenum

Rund 330.000 Flüchtlinge sind im vergangenen Jahr nach Nordrhein-Westfalen gekommen – mehr als 230.000 davon blieben nach Angaben der Landesregierung an Rhein und Ruhr. Wie ihre Integration gelingen kann, darüber debattierten nun die Abgeordneten des Landtags.



Foto: Schälte

Rund vier Milliarden stellt der Sozialminister 2016 für die Integration von Flüchtlingen bereit.

In einer Unterrichtung erinnerte Sozialminister **Rainer Schmeltzer** (SPD) daran, dass im Landeshaushalt 2016 rund vier Milliarden Euro für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen vorgesehen seien. Als Maßnahmen nannte er u. a. die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, die Entwicklung von Integrationsmodellen an den Hochschulen, damit Flüchtlinge ein Studium aufnehmen könnten, und Hilfen für den Städtebau der Kommunen. Er betonte zugleich:

„Kein einheimischer Bürger und keine einheimische Bürgerin wird durch die Hilfen für Asylsuchende schlechter gestellt.“

Für die SPD sagte **Britta Altenkamp**, die Integration von Flüchtlingen sei eine „Riesenchance“, aber auch eine große Herausforderung. NRW fange nicht bei null an, sondern verfüge über große Erfahrungen. Von den Asylsuchenden werde keine Anpassung verlangt. „Wer bei uns dauerhaft leben will, muss sich aber zum Grundgesetz, zu unseren Werten und zur Demokratie bekennen.“ Altenkamp warb bei der Opposition dafür, dass sie sich an dem von Rot-Grün vorgelegten Integrationsplan (Drs. 16/11229) beteilige.

Konsens sei ein hohes Gut, sagte **André Kuper** (CDU) und erinnerte an die interfraktionelle Integrationsoffensive von 2001. Er zweifle nun aber am Konsenswillen, weil Rot-Grün zuletzt Anträge seiner Fraktion erst abgelehnt und später als eigene Ideen ausgegeben habe. Zudem kritisierte er, die Landesregierung schaffe es nicht, die Flüchtlinge gerecht im Land zu verteilen. Solange es kein „vernünftiges Aufnahmeverfahren“ gebe, sei es für die Kommunen schwer, sich auf dauerhafte Integration zu konzentrieren.

Streit um den besten Weg

Jutta Velte (GRÜNE) verwies auf die Vergangenheit Nordrhein-Westfalens und betonte die Chancen der Zuwanderung: „Was wäre aus NRW geworden ohne die Gastarbeiter

und die Aussiedlerinnen und Aussiedler?“ Geschwächte Sozialsysteme, weniger Steuereinnahmen, eine ältere Gesellschaft und eine Fachkräftekrise statt ein -mangel nannte sie als denkbare Folgen. Integration sei anstrengend, aber machbar, sagte sie. „Lassen Sie uns streiten für den besten Weg“, appellierte Velte an die Oppositionsfraktionen.

Einen Integrationsplan zu erarbeiten, sei richtig, sagte **Simone Brand** (PIRATEN). Allerdings werde nicht deutlich, wieviel Geld eingesetzt werden soll, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Zudem werde kein zeitlicher Rahmen gesetzt. Viele Punkte hätten schon vor Monaten auf den Weg gebracht werden müssen. Brand forderte u. a. die Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Flucht und Einwanderung und mehr Investitionen in politische Bildung, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorzubeugen.

Rot-Grün habe zahlreiche Vorschläge der Opposition abgelehnt, die sich im jetzt vorgelegten Konzept wiederfinden, sagte auch FDP-Fraktionsvize **Dr. Joachim Stamp**. Er nannte u. a. Sprachkurse sowie die Einstellung zusätzlicher Lehrerinnen und Lehrer. Viel Zeit sei so verloren gegangen. Dies sei kein konstruktiver Umgang mit Vorschlägen der Opposition. Man sei bereit, gemeinsam an einem Konzept zu arbeiten. Schwerpunkte der FDP seien Sprache, Bildung und Ausbildung, Integration in den Arbeitsmarkt und Wertevermittlung.

sow, zab, wib

Für die Debatte lagen weitere Anträge der Fraktionen von CDU (Drs. 16/11225), FDP (Drs. 16/11299) sowie PIRATEN (Drs. 16/11318 und 16/11218) vor.

Der Artikel ist erstmals erschienen in Landtag intern 2/2016.

Expertenrat gefragt:

Dazu hat der VBE im Landtag Stellung genommen

Am 7. und am 9. März waren Vertreter des VBE NRW als Sachverständige im Ausschuss für Schule und Weiterbildung des Landtags NRW eingeladen. Am 7. März ging es um eine öffentliche Anhörung der Landesregierung zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz (Drucksache 16/10380).

Thema am 9. März war ein Antrag der CDU-Fraktion für Unterstützungszentren für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung (Drucksache 16/10302).

Zum Antrag „Sonderpädagogische Unterstützungszentren“ nahm der VBE folgendermaßen Stellung: Es ist wichtig und richtig, in der Diskussion um die schulische Inklusion einen besonderen Blick auf die Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung zu richten. Wie im Antrag dargestellt ist gerade die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit diesem Förderbedarf in den letzten Jahren gestiegen.

Richtig sind nach Meinung des VBE der Ansatz der multiprofessionellen Teams und die enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendhilfe und Therapeuten, die im Antrag zu finden sind. Ebenso ist der Ansatz der Prävention durch eine gute und regionale Vernetzung auch mit Kindertagesstätten und anderen Einrichtungen zu begrüßen.

Allerdings ist zu überlegen, ob es der Einrichtung neuer Zentren bedarf oder ob nicht vielmehr zunächst die vorhandenen Förderschulen des besagten Förderschwerpunktes stärker zu stützen und auszustatten sind. Ebenso ist zu prüfen, inwieweit gerade für diesen Förderschultyp der Mindestgrößenerlass außer Kraft zu setzen ist. Für eine gelingende schulische Inklusion müssen entsprechende Mittel bereitzustellen sein. Zielführender als eine Einführung neuer Unterstützungszentren wäre deshalb aus der Sichtweise des VBE daher, auch die Regelschulen weitestgehend sowohl personell als auch sächlich und räumlich zu unterstützen. Hier muss es dringend zu einer Verkleinerung der Lerngruppengrößen und einer möglichst durchgängigen Doppelbesetzung kommen.



Foto: Schalte

Bei der Anhörung zum Dienstrechtsmodernisierungsgesetz wurde der VBE durch Jutta Endrusch, stellvertretende Vorsitzende für den Bereich Tarif- und Beamtenpolitik, vertreten. Der VBE begrüßte, dass in der Gesetzesänderung einige positive Ansätze für Verbesserungen enthalten sind, die in vielen Punkten aus Sicht des VBE aber noch nicht weitgehend genug sind. Ein Beispiel dafür ist die Verkürzung der Wartezeit für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes von 18 auf 12 Monate. Hier muss aus Sicht des VBE eine noch deutlichere Kürzung erfolgen. Besonders kritisiert wird vom VBE, dass das vorliegende Änderungsgesetz keine Ansätze enthält, die Abhängigkeit der Bezahlung von der Schulform aufzuheben. Der vorliegende Gesetzentwurf schreibt weiterhin eine Abkopplung der Lehrerbesoldung von der Besoldungsstruktur des übrigen öffentlichen Dienstes fest.

Die detaillierte Stellungnahme des VBE finden Sie unter www.vbe-nrw.de/Service/Stellungnahmen



Cordula Preuß, Vorsitzende des VBE-Stadtverbandes Dortmund ¹, konnte zur diesjährigen Jahreshauptversammlung zahlreiche Kolleginnen und Kollegen begrüßen. Sie verwies im offiziellen Teil der Veranstaltung u. a. auf die Mitgliederzahl von 1.500 und die gut besuchten monatlich stattfindenden Fortbildungen. Es folgten Geschäfts-, Kassen- und Kassenprüfbericht. **Volker Siering** wurde einstimmig erneut zum stellv. Vorsitzenden gewählt und **Mechthild Hoffmann** mit demselben Ergebnis wieder zur Schriftführerin. **Barbara Thier** und **Andrea Jütte-Schulten** wurden als Kassenprüferinnen gewählt. Darüber hinaus erhielten **Annette Klunkert** und **Hans Peter Dürholz** Urkunden für ihre 50-jährige und 25-jährige Mitgliedschaft im VBE.



Gerlinde Böcking wurde auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des VBE-Kreisverbandes Siegen-Wittgenstein ² einstimmig als Vorsitzende wiedergewählt. Im Rahmen der Veranstaltung informierte sie über die anstehenden Personalratswahlen im Juni 2016 und stellte die Liste für den örtlichen Personalrat

vor. Außerdem informierte **Rita Mölders** als Bezirksvorsitzende über aktuelle bildungspolitische Baustellen. Des Weiteren wurden die Berichte des Vorstands und des Kassenführers vorgestellt sowie langjährige Mitglieder geehrt. **Christoph Helfer**, der viele Jahre die Pensionäre vertrat, gab sein Amt ab – er bekam für sein vielfaches ehrenamtliches Engagement großen Dank ausgesprochen. Zum Schluss der Versammlung „verzauberte“ **Matthias Kürten**, Vorsitzender des Jungen VBE NRW, die Anwesenden und sorgte für einen heiteren Ausklang.



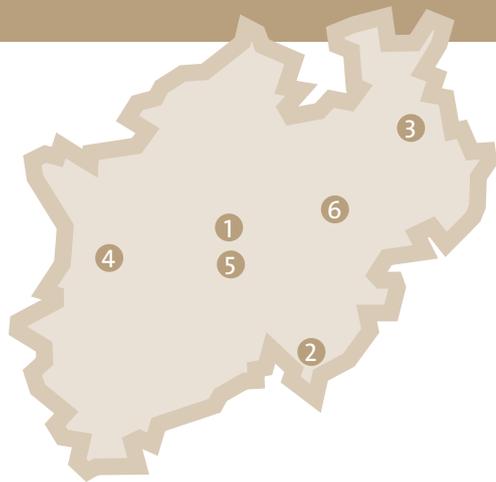
Rita Hötger, Vorsitzende des VBE-Kreisverbandes Lippe ³, hatte für den Workshop „Zaubern im Unterricht“ **Matthias Kürten**, Landessprecher des Jungen VBE, eingeladen. Viele „Zauberlehrlinge“ waren in die Grundschule Schlangen gekommen, um Zauberkunststücke, die unmittelbar im Unterricht eingesetzt werden können, zu erlernen. So zeigte Kürten, der Mitglied im „Magischen Zirkel Deutschland“ ist, diverse verblüffende Zahlen- und Kartentricks. Neben der praktischen Tätigkeit kam auch das magische Basiswissen nicht zu kurz. Jeder Zauberer sollte sich unbedingt an drei Grundregeln halten:

1. **Nie einen Zaubertrick verraten.**
2. **Jeden Zaubertrick nur einmal vorführen.**
3. **Vor dem Vorführen eines Tricks üben, üben, üben.**

Zaubertricks sind ein bewährtes pädagogisches Mittel zur Steigerung der Konzentration und Motivation und lassen sich auch fachbezogen im Unterricht einsetzen, z. B. im Bereich der Sprache oder Mathematik. Miträtseln, Vermutungen anstellen und Mitzaubern sorgen bei den Schülern für Lachen, Staunen und Begeisterung.



Marcel Optenhostert, Vorsitzender des VBE-Stadtverbandes Krefeld ⁴, ehrte im Rahmen einer kleinen Feier Kolleginnen und Kollegen, die über 25 bzw. 40 Jahre im VBE Mitglied sind. Assiiert wurde ihm von der stellv. Vorsitzenden **Tanja Brockners**. Die anschließende gesellige Runde wurde begleitet von interessanten Gesprächen und lebhaftem Gedankenaustausch.



August Köneke und **Elsbeth Vorwerk** sind 60 Jahre Mitglied im VBE. Hierfür wurden sie von der Vorsitzenden des VBE-Stadtverbandes Hagen **5**, **Sabine Klimmek**, auf der Jahreshauptversammlung im Februar geehrt. Für 50 Jahre Mitgliedschaft wurde **Ingeborg Voeste** geehrt und für ihre 25-jährige Mitgliedschaft **Gisela Simon**, **Sabine Klimmek** und **Monika Trucht** und **Christa Schulte**.

Johannes Nacke und **Friedrich Schulte** sind für ihre 60-jährige Mitgliedschaft im VBE-Ortsverband Lippstadt **6** geehrt worden. Für 40 Jahre Mitgliedschaft erhielten **Mechthild Rieping**, **Heinz Müller** und **Albert Schröder** bei einem Treffen des OV Lippstadt die Urkunden des Verbandes und ein Präsent. 25 Jahre Mitglied im VBE sind **Anfried Frintrop**, **Elisabeth Hollenbeck**, **Barbara Mertens**, **Barbara Neuhoff** und **Marita Wallmeier** – auch sie erhielten hierfür Urkunde und Präsent. Auf der Veranstaltung hielten **Rebecca Löser** und **Gerlinde Schröder-Körbel** als Kontaktpersonen zum Kreisverband außerdem eine Rückschau auf die im Jahr 2015 durchgeführten Fortbildungsveranstaltungen. 2016 sollen die Veranstaltungen „Änderungen im Beihilferecht“, „Lehrergesundheit“, ein Workshop zum Thema Improvisationstheater und „Jung im Kopf – Hirnforschung“ durchgeführt werden. Darüber hinaus zeigte Herr Horn den Teilnehmern auf, wie man mit der Stimme und den passenden Liedern einen guten Musikunterricht machen kann.



Heinz Schneider leitete Ende letzten Jahres zum letzten Mal die Sitzung der Seniorenvertreter aus den Stadt- und Kreisverbänden. Die Sitzung fand statt im Haus des VBE in Dortmund.

Schneider hat das Amt des Referatsleiters 1999 übernommen. Als Mitglied des Vorstandes des Bezirksverbandes stellte er Verbindungen und den Austausch von Informationen her zwischen den Seniorenvertretern auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.

Engagiert setzte er sich auf allen Ebenen für die Belange der Pensionäre ein. Seine Anregungen und Hilfestellungen versetzten die Vertreter der Senioren auf Stadt- und Kreisebene in die Lage, sich zum Wohle der Ruheständler entsprechend einzusetzen.

Auf seiner letzten Sitzung dankten alle Schneider für seine hervorragende Arbeit in diesem Ehrenamt. Im Namen aller Seniorenvertreter des BZ Arnsberg überreichte **Bernd Bareuther** einen lecker gefüllten Präsentkorb. **Albert Hohelöchter** tritt die Nachfolge an. Er ist der Garant dafür, dass die Arbeit von Schneider in seinem Sinne fortgeführt wird.

Zwei Seniorenvertreter, **Helmut Drewermann** (Stadtverband Hamm) und **Günter Klüner** (Stadtverband Herne) schieden ebenfalls 2015 aus.

Auch ihnen wurde herzlich gedankt.

Anzeige



Willkommen in der vertikalen Welt

12 Parcours

16 Seilbahnen

1-12 m Höhe

2 Kids-Parcours

1 Partner-Parcours

Durchlaufsisicherung



www.kletterwald-haltern.de

Lehrer sind keine IT-Muffel

Erstmals brachte sich der VBE als strategischer Partner der Learntec 2016 in die Gestaltung des Programms der school@learntec ein, die sich speziell an Lehrkräfte und Schulleitungen richtete. VBE-Landesvorsitzender Udo Beckmann saß in Karlsruhe auf dem Podium zum Thema „Die digitale Agenda – die Halbzeitanalyse“ und kritisierte, für Schulen gebe es bislang keine digitale Agenda. Wir fragten bei ihm nach.



Udo Beckmann, Landesvorsitzender VBE NRW, ist im Hauptpersonalrat für Hauptschulen.

Herr Beckmann, wie bewerten Sie aus Sicht des VBE die digitale Bildung und Erziehung in Deutschland?

Die Politik wird nicht müde, die digitale Bildung und Erziehung zu beschwören und die Bedeutung der Medienkompetenz für die heranwachsende Generation herauszustellen. Das ist es dann gewesen. Eine digitale Agenda für die Schulen gibt es bis heute nicht. Fest steht: Die Lehrerinnen und Lehrer sind keine IT-Muffel. Sie versuchen, mit viel Engagement aus den unterbelichteten IT-Verhältnissen an ihren Schulen das Beste zu machen, um ihren Schülerinnen und Schülern IT-Bildung zu vermitteln. Das haben sowohl die repräsentative Forsa-Lehrerbefragung zur IT-Ausstattung in Schulen vom November 2014 im Auftrag des VBE als auch die Lehrerbefragung von Dezember 2015 in der Sekundarstufe I gezeigt, die der VBE zusammen mit Bitkom und Learntec in Auftrag gegeben hatte.

Wie sind Schulen und Lehrer in Deutschland auf die digitale Bildung vorbereitet?

Laut der Forsa-Erhebung nutzen neun von zehn Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen digitale Medien und sehen große Vorteile für die Verbesserung ihres Unterrichts. Der Knackpunkt dabei ist: Die Kenntnisse für digital basiertes Unterrichten eignen sich die Kolleginnen und Kollegen derzeit vor allem privat an. Nur zwölf Prozent der Befragten können sich auf Kenntnisse stützen, die sie im Rahmen der Lehrerausbildung erworben haben. Hinzu kommt, dass die Verantwortlichkeit für Sicherheit, Stabilität und Aktualisierung der IT-Ausstattung an Schulen mehrheitlich bei einzelnen Fachlehrern liegt, weil es keinen professionellen IT-Support gibt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass digital basiertes Unterrichten mehr Zeit benötigt. Dieser Umstand wird in der Lehreraufsicht nicht berücksichtigt und vom Arbeitgeber offensichtlich als selbstverständlich erwartet. Skandalös ist auch die unausgesprochene Erwartung der Schulbehörden, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Privatgeräte zur Erfüllung dienstlicher Aufgaben einsetzen. In der Sekundarstufe I setzen zwei von drei Kolleginnen und Kollegen ihr Privatgerät für die Notenverwaltung ein, drei von vier bei der Schülerverwaltung und vier von zehn bei der Schülerbewertung. Hier geht es aber um hochsensible Daten, die geschützt werden müssen. Es ist absehbar, dass sich mit zunehmender schulischer Inklusion das Problem noch verschärfen wird.

Das volle Risiko wird auf die Schulen abgeladen und überdies jeder zweiten Lehrkraft der Zugang zu einem ‚persönlichen‘ Dienst-PC und zu einer geschützten Dienst-E-Mail-Adresse nicht ermöglicht.

Welche Voraussetzungen müssen vonseiten der Politik geschaffen werden, damit Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern nicht ins Hintertreffen gerät?

Die Länder und auch die Schulträger müssen dringend ihrer Verantwortung gerecht werden und dafür sorgen, dass der digitale Bildungs- und Erziehungsauftrag erfüllt, vor allem geschützt erfüllt werden kann. Dazu gehört eine zeitgemäße IT-Ausstattung aller Schulen und viel mehr qualifizierte Fort- und Weiterbildung. Zeitgemäße IT-Ausstattung schließt zudem ein, dass Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet sind. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen sehen das Problem und wünschen sich dringend mehr Kenntnisse zu dieser Materie. Aus diesem Grund hat der VBE gemeinsam mit seinen Partnerverbänden GÖD (Österreich) und LCH (Schweiz) den Leitfaden Datensicherheit entwickelt, der als Download verfügbar ist. Unsere Botschaft kommt allmählich in den Ländern an. Nun erwarten wir auch Taten. Wir fordern die Arbeitgeber und Schulträger auf, endlich Sicherheit und Schutz für die Schulen und Lehrkräfte zu gewährleisten. Das schließt die Bereitstellung entsprechender Ressourcen ein, damit an jeder Schule auch ein Datensicherheitskonzept entwickelt werden kann.

Die Verantwortung liegt ganz klar bei den Ländern und Schulträgern. Der VBE hält nichts von Appellen der Politik an Sponsoren, für zeitgemäße IT-Ausstattung und Fortbildungen zu sorgen. Das kann nur ein Sahnehäubchen obendrauf sein, aber enthebt die Politik nicht von ihrer ureigenen Verantwortung.

Den Leitfaden Datensicherheit finden Sie unter www.vbe.de/angebote/leitfaden-datensicherheit

FLOHs Ideenkartei

Kunst-Werkstatt

Teil 1: Frühling/Sommer

Kunstwerke rund ums Jahr interpretieren und gestalten



Diese Kartei stellt zu verschiedenen Themenkreisen und Gestaltungselementen Werke und Künstler vor. Jeder Bereich enthält dabei kindgerecht Bildbetrachtung, Biografie und Anregungen zum eigenen kreativen Gestalten. Die Jahreszeiten-Kunstkartei kann fächerverbindend eingesetzt werden. Es ist denkbar, die einzelnen Künstler und Bildwerke jahreszeitengemäß in den grundlegenden Unterricht oder Sachunterricht einfließen zu lassen. Große Kunst kann so rund ums Jahr ein fester Bestandteil in vielen Unterrichtsbereichen werden.

40 Karten, DIN A5

Best.Nr. 516632

Preis: 12,90 Euro

FLOHs Ideenkartei

Auf die Finger, fertig, los!

Kreative Feinmotorikförderung für Vorschüler und Schulanfänger



Auffallend viele Kinder, die in die Schule kommen oder gekommen sind, haben Schwierigkeiten mit der Feinmotorik. Dies stellt Erzieher und Lehrer vor neue Aufgaben, denn in der Schule werden vielfältige feinmotorische Grundfertigkeiten verlangt wie eine gute Beweglichkeit von Händen und Fingern, das richtige Dosieren von Kraft, Auge-Hand-Koordination u. a. Diese Fähigkeiten werden beim kreativen Gestalten, beim Schneiden, Falten, Kneten, Flechten, Malen usw. auf vielfältige und spielerische Weise gefördert.

In dieser Ideenkartei wurden dazu 40 Ideen zusammengetragen. Die Kinder können je nach Fähigkeiten und Interessen Erfahrungen mit unterschiedlichen Materialien und Techniken machen. Es werden nicht nur Feinmotorik und Wahrnehmung gefördert, die Kinder entwickeln zudem Fantasie und Freude am selbstständigen Tun.

40 Karten, DIN A5

Best.Nr. 516622

Preis: 12,90 Euro

Bestellungen bitte an:

VBE Verlag NRW GmbH
Westfalendamm 247
44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61
(mo. bis do. 9.30 – 15.30 Uhr,
freitags 10.30 – 13.30 Uhr)
Telefax: 0231 – 43 38 64

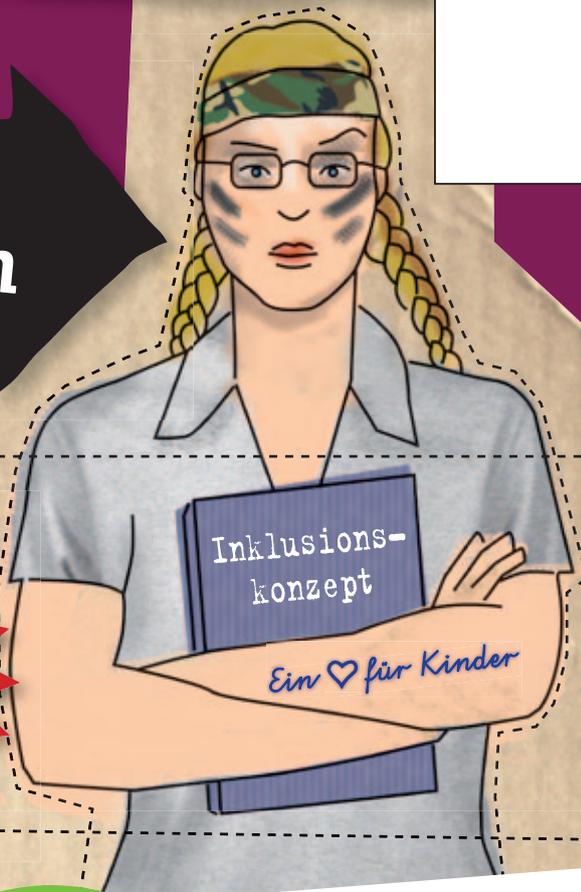
www.vbe-verlag.de
mit Online-Shop
info@vbe-verlag.de



Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW

Gesetzlich verordnet.

**Modell:
Lehrerin**



**Bändigt
JEDEN
Schüler!**

**Kann sich
problemlos
verteilen.**

**Unbegrenzt
belastbar.
Wird nie krank.
Bleibt
kinderlos.**

**ES
REICHT**

Wir packen es an!

In Ihrem Personalrat. In der Politik.



VBE

Verband Bildung und Erziehung
www.lehrergewerkschaft.de

**Macht
Vertretungs-
unterricht in allen
Klassen
und Fächern.**



**Kennt sich
mit allen
Unterstützungs-
bedarfen aus.**